



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 21.01.2022 bis 28.01.2022

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Afrika: Bevölkerungswachstum zeigt Bedeutung der afrikanischen Nationen	4
Ägypten: Hilfe zur Selbständigkeit	5
Äthiopien: Humanitäre Krise in Tigray	6
Äthiopien: Lebensbericht eines Christen	7
Äthiopien: Versorgung mit Hilfsmitteln gefährdet	9
Bangladesch: Christ in Flüchtlingslager misshandelt	10
Berg-Karabach: Aserbaidschan hindert Armenier am Besuch des Dadivank-Klosters	11
Burkina Faso: Bevölkerung unterstützt Putschisten	12
Burkina Faso: Militär setzt Präsident Kaboré fest	13
Burkina Faso: „Der Norden ist nahezu christenfrei“	14
Costa Rica: Legalisierung von Cannabis	15
Deutschland: Brand in Berliner Paul-Gerhardt-Kirche	16
Deutschland: DITIB plant neue Zentralmoschee in Wuppertal	17
Deutschland: Erste muslimische Kita bleibt geschlossen	18
Deutschland: IIRF veröffentlicht Prüfbericht zum Weltverfolgungsindex 2022	19
Deutschland: Pfarrerin erhält Morddrohungen	21
Europa: Antisemitismus bekämpfen und jüdisches Leben schützen	22
Europa: Dänischer Integrationsminister-Migration muss „unter Kontrolle“ sein	23
Indien: Auf dem Gelände einer katholischen Kathedrale	24
Indien: Christliche Politikerin fordert Regierung auf, mehr für den Schutz religiöser Minderheiten zu tun	25
Indien: Lebensbericht eines Christen	27
Indien: Verfolgung von Christen wird alltäglich	29
Indien: Zukunft der Christen in Indien	31
Iran: Konvertiten wurden freigelassen, aber in die interne Verbannung geschickt	32
Iran: Pastor nach Freilassung wieder inhaftiert	33
Mosambik: Terrorist bekennt sich zum globalen Dschihad	34
Myanmar: Militär tötet zehn Zivilisten	35
Nordkorea: Lebensbericht eines Christen	36
Philippinen: Christliche Religionsvertreter stellen sich zur Wahl	37
Südostasien: Unzufriedenheit in vielen buddhistischen Ländern	38
Türkei: Neue Bestimmungen für nicht-muslimische Stiftungen	39

Ukraine-Konflikt: Über 40 Prozent haben Angst vor Krieg	40
Usbekistan: Religiöse Muslime im Visier der Behörden – Glaubensfreiheit für muslimische Bevölkerungsmehrheit beeinträchtigt	41

Afrika: Bevölkerungswachstum zeigt Bedeutung der afrikanischen Nationen

IIRF-D/BF/Tübingen/27.01.22 - Die Bevölkerung Afrikas, derzeit 1,2 Milliarden, könnte bis zum Jahr 2050 fast 2,5 Milliarden erreichen.

Wenn diese Prognosen zutreffen, werden die Afrikaner dann mehr als ein Viertel der gesamten Weltbevölkerung ausmachen (die bis 2050 auf 9,5 Milliarden geschätzt wird).

Alein Nigeria könnte auf 400 Millionen Menschen anwachsen und damit die Vereinigten Staaten als drittgrößtes Land der Welt hinter Indien und China überholen.

Bis 2060 wird voraussichtlich fast die Hälfte (42 %) der weltweiten Christen - Hunderte von Millionen unserer Brüder und Schwestern - in Afrika südlich der Sahara leben.

Das Bevölkerungswachstum wird voraussichtlich auch zu einem massiven Anstieg der Zahl der afrikanischen Muslime führen. Prognosen zufolge werden bis 2060 in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara mehr Muslime leben als im Nahen Osten und in Nordafrika zusammen.

Edward Paice - Autor von „Youthquake: Why African Demography Should Matter to the World“ (2021) und Direktor des in London ansässigen Africa Research Institute - argumentiert, dass diese demografischen Veränderungen zu einer Neubewertung der Bedeutung Afrikas für die Welt führen müssen.

Afrika, so Paice, werde trotz seiner bereits gewaltigen Bevölkerung und seiner kolossalen Landmasse oft übersehen.

Diese Prognosen rücken die ernstesten Probleme, mit denen afrikanische Christen und Afrikaner im Allgemeinen konfrontiert sind, in den Mittelpunkt.

Afrikas anhaltende Nahrungsmittelkrise - von der neben vielen anderen afrikanischen Ländern auch Madagaskar, Simbabwe und Namibia schwer betroffen sind - könnte sich weitaus verschärfen, wenn es doppelt so viele Mäuler zu stopfen gibt.

In einem Bericht des in Südafrika ansässigen Institute for Security Studies (ISS) vom September 2021 wird vorausgesagt, dass zunehmender Hunger und Ernährungsunsicherheit zu weiteren sozialen Unruhen, Instabilität und Gewalt in ganz Afrika führen könnten.

Afrika leidet bereits stark unter islamistischem Extremismus. Das ISS schätzt, dass in den 20 Jahren vor dem Anschlag vom 11. September 2001 in den USA 10.000 Menschen in Afrika durch dschihadistische Gewalt getötet wurden. In den 20 Jahren seit diesem Anschlag waren es 55.000 - mehr als fünfmal so viele.

Die schiere Jugendlichkeit Afrikas - bis 2050 wird voraussichtlich fast die Hälfte der Bevölkerung unter 25 Jahre alt sein - wirft Fragen zur Entwicklung und Ausbildung von Kirchenleitern auf.

Die Kirchen und christlichen Gemeinschaften in ganz Afrika benötigen viel praktische Hilfe und Gebetsunterstützung.

Quelle: Barnabas Fund 25. Januar 2022

Ägypten: Hilfe zur Selbständigkeit

International Christian Concern - Hanan wurde in Ägypten von ihrem misshandelnden Ehemann aus ihrem Haus geworfen, wodurch die christliche Mutter von sechs Kindern ohne sozialen Status und als religiöse Minderheit und alleinstehende Frau auf sich allein gestellt war. Sie versuchte erfolglos, sich wegen seiner Misshandlungen und Untreue scheiden zu lassen, hatte aber kaum Unterstützung.

Für Hanan ist es ein schwieriges Unterfangen, Kinder in einem christlichen Haushalt aufzuziehen und Gerechtigkeit zu erlangen, wenn sie es mit einem muslimischen Mann in einem Rechtssystem und einem Land zu tun hat, das den Islam bevorzugt.

Um Hanan als alleinerziehende Mutter mit vielen Kindern wirtschaftlich zu entlasten, hat die ICC ihr einen kleinen Lebensmittelladen eingerichtet, den sie von zu Hause aus betreiben kann. Zum ersten Mal kann Hanan aufatmen. Sie ist nicht mehr an ihren Vergewaltiger gebunden und hat Geld übrig, das sie selbst verdient. Hanan sagt: "Ich bin sehr glücklich über dieses Projekt. Jetzt habe ich immer Geld in meiner Tasche. Vor dem Projekt war ich dazu nicht in der Lage."

Jetzt deckt Hanan einen Bedarf in ihrer Nachbarschaft. "Es gibt hier nicht viele Lebensmittelläden, deshalb sind viele Menschen, die neben mir wohnen, meine Kunden. Sie kaufen immer Dinge wie Reinigungsmittel, Makkaroni und Reis", sagt sie. Hanan, die zum ersten Mal in ihrem Leben als Erwachsene frei ist, kann von ihrer Zukunft träumen.

Sie hofft, ihr Geschäft auszubauen und ihre Kinder weiterhin in Liebe aufwachsen zu lassen und sie über Gott zu unterrichten.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Äthiopien: Humanitäre Krise in Tigray

Über 5.000 Menschen verhungern in nur vier Monaten

Addis Abeba (Fides) - In Äthiopien starben infolge des Konflikts in der Region Tigray in nur vier Monaten des vergangenen Jahres rund 5.000 Menschen an Unterernährung und mangelnder Versorgung, darunter mehr als 350 Kleinkinder, so ein neuer Bericht des Gesundheitsamtes der Region. Der von „Ethiopia Insight“ veröffentlichte Bericht, der den Zeitraum von Juli bis Oktober abdeckt, ist das Ergebnis einer Bewertung, die von den örtlichen Gesundheitsbehörden in Zusammenarbeit mit internationalen humanitären Organisationen durchgeführt wurde.

Die meisten Todesfälle waren auf Unterernährung, Infektionskrankheiten und andere nicht übertragbare Krankheiten zurückzuführen. Das Gesundheitssystem in der Region wurde durch den im November 2020 ausgebrochenen Konflikt weitgehend zerstört.

Die Schätzung spiegelt nur einen Teil des humanitären Dramas wider, da die Besetzung einiger Gebiete durch Kämpfer und der durch die Blockade verursachte Mangel an Treibstoff die Datenerfassung und die Lieferung von Hilfsgütern eingeschränkt haben. Nach Angaben des Gesundheitschefs der Region Tigray decken die gesammelten Daten nur 40 Prozent des Staatsgebiets ab.

Der Mangel an Medikamenten und Impfstoffen führte zum Auftreten von leicht vermeidbaren Krankheiten wie Masern, während sich COVID-19 auszubreiten begann.

Nach Angaben der UNO wurden weniger als 15 % der tatsächlich benötigten Hilfsgüter nach Tigray geliefert. Die Regierung in Addis Abeba begründet unterdessen die Blockade der humanitären Konvois mit der Befürchtung, dass die Hilfsgüter in die Hände feindlicher Kämpfer fallen könnten.

Nach den jüngsten Offensiven der Regierungstruppen haben sich die Kräfte der Volksfront zur Befreiung von Tigray zurückgezogen. Am 23. Januar erklärte das äthiopische Außenministerium deshalb in einer Erklärung, dass es mit humanitären Partnern zusammenarbeite, um tägliche Frachtflüge nach Tigray zu ermöglichen, "um dringend benötigte Medikamente und Hilfsgüter zu transportieren".

Den Ernst der humanitären Lage in Tigray hatte auch das katholische Diözesansekretariat von Adigrat (ADCS) bestätigt. (L.M.) (Fides 27/1/2022)

Äthiopien: Lebensbericht eines Christen

HMK Deutschland - Dereje Tekle, ein Mitarbeiter an vorderster Front in Südäthiopien, war kürzlich zu Besuch in einer Missionsschule. Selbst Absolvent dieser Schule, erzählte er den jetzigen Studenten seine Lebensgeschichte. Einen Auszug davon lesen Sie hier.

Wir waren damals die ersten Christen in der Region. Die Muslime hielten sich die Nase zu, wenn sie uns sahen. Sie sagten: „Christen stinken.“ Sie hassten uns. Als wir versuchten, die Muslime mit dem Evangelium zu erreichen, wollten sie es nicht hören. Sie wollten mit uns nur über ihre Religion sprechen. Damals hatte ich den Eindruck, Muslime seien immer negativ. Aber auf dieser Missionsschule lernte ich mehr über Muslime. Ich lernte, was der Islam ist, was den Muslimen fehlt und was sie brauchen. Danach lagen mir Muslime besonders am Herzen.

Gefastet, damit Muslime Jesus finden

Ich setzte mir das Ziel, mindestens eine muslimische Familie mit dem Evangelium zu erreichen. Auf dem Weg dahin bemühte ich mich, Muslime mit den Augen Gottes zu sehen und ihnen mit Liebe zu begegnen. Ich merkte, wie Muslime offener wurden, von Jesus Christus zu hören, wenn ich ihnen mit dieser Einstellung begegnete.

Ich schloss die Schule während des Fastenmonats Ramadan ab. Weil Muslime mir sehr am Herzen lagen, fastete ich 30 Tage lang mit ihnen. Sie fasteten ja für nichts, aber ich fastete, damit sie zu Jesus finden. Ein Mann aus Saudi-Arabien, der wegen seines Kaffeegeschäfts in meiner Gegend wohnte und dem ich vergeblich versucht hatte, das Evangelium weiterzugeben, kam während dieser Fastenzeit auf mich zu. Zu meinem Erstaunen erzählte er mir, dass er versucht hatte, Selbstmord zu begehen, weil böse Geister ihn quälten. Für seine Familie war sein Selbstmordversuch eine Schande, daher hatte sie ihn nun verlassen. Ich war von 10 Uhr morgens bis zum Nachmittag bei ihm, ermutigte ihn und betete für ihn. Dann sagte er: „Ich möchte gern bekommen, wovon du redest.“ Am gleichen Abend fand er den Weg zu Jesus – und auch heute noch lebt er in der Nachfolge Jesu.

Du wirst nicht entkommen

Unsere Arbeit ging weiter. 2016 fanden viele Muslime zu Jesus. Das führte zu Ärger und Angriffen wütender Muslime im Jahr darauf. Meine Kirche wurde im Oktober 2017 zerstört. An jenem Tag hatten wir uns als Geschwister versammelt, denn wir wussten, dass unser Dorf angegriffen werden würde. Um uns alle zu ermutigen, predigte ich über [Psalm 23](#). Als ich mit der Predigt fertig war, hatten die Angriffe bereits begonnen. Ich sah verzweifelte Menschen und die Flammen brennender Häuser. So schnell ich konnte, lief ich nach Hause, um meine Familie zu schützen. Als die Angreifer bei meinem Haus ankamen, riefen sie: „Dereje! Dereje! Komm heraus! Das ist dein Tag und du wirst nicht entkommen!“ Ich schnappte meine Frau und meine Kinder, schlich durch die Hintertür unseres Hauses und rannte los.

Aus der Ferne sah ich, wie sie alles zerstörten, was wir besaßen. Sie versuchten sogar, das Haus anzuzünden, aber das war wegen des Regens vergeblich. Von Mitgliedern der Kirche, die früher Muslime waren, wusste ich, dass ich eines der wichtigsten Angriffsziele war. Die Angriffe würden nicht aufhören, bis ich getötet sei. Sie drängten mich, mein Leben und meine Familie zu retten.

Daraufhin floh ich mit meiner Familie in eine andere Stadt. Wir waren fünf Tage lang zu Fuß unterwegs und schliefen im Dschungel. Unsere Kinder waren damals 9 Jahre und 5 Jahre alt, das kleinste erst 9 Monate. Auf der Flucht wurde das jüngste Kind krank, und ich hatte Angst, dass es sterben würde. Aber Gott war treu und heilte es. Als wir endlich ankamen, war ich so schwach, dass ich drei Tage lang im Krankenhaus bleiben musste, bis ich mich erholt hatte.

Mutig vertrauen

Eine Zeit lang erhielt ich finanzielle Unterstützung für meine Arbeit von einer Gemeinde im Süden des Landes. Danach hatte ich jedoch keine Mittel mehr, um meine Familie zu unterstützen. Einen Monat lang wusste ich nicht, was ich machen sollte. Dann kam einer der Gemeindeglieder des Distrikts auf mich zu. Er forderte mich auf, mutig weiterzuarbeiten und darauf zu vertrauen, dass die Unterstützung kommen werde. Ich durfte meine Familie auf das Gelände der Missionsschule bringen, wo wir eine Zeit lang blieben. Das war vor einem Jahr. Seitdem konnte ich eine neue Aufgabe übernehmen. Zu meiner großen Freude hat es Jesus geschenkt, dass fünf Menschen mit muslimischem Hintergrund zum Glauben gekommen sind! Mittlerweile möchten sogar viele meiner muslimischen Freunde von mir etwas über den christlichen Glauben erfahren. Früher konnte ich nicht gut mit Muslimen reden, ich konnte sie nicht verstehen. Aber heute weiß ich, wie ich ihnen das Evangelium näherbringen kann. Von Jesus habe ich gelernt, dass wir nur bereit sein müssen – der Herr ist es, der Herzen berührt und Frucht schenkt.

„Der, der uns sendet, hat alle Macht. Und wenn wir sterben sollten, gehen wir zu Ihm.“

Bereit, zurückzukehren

Seit den Anschlägen in unserem Dorf war ich schon zwei Mal wieder dort. Ich bin bereit, zurückzukehren und dort zu arbeiten, wenn Gott mich dazu ruft. Der, der uns sendet, hat alle Macht. Und wenn wir sterben sollten, gehen wir zu Ihm.

Ihr seid vom Herrn berufen, ihm hier zu dienen – das ist ein Privileg. Vertraut dem Herrn; habt keine Angst. Furcht ist eine Krankheit. Wenn ihr euch fürchtet, könnt ihr nicht einmal einen Schritt gehen. Der, der mit euch ist, ist größer als die Angst. Habt keine Angst. Vertraut auf den Herrn.

Quelle: HMK Deutschland

https://www.verfolgte-christen.org/erleben-mitfuehlen/magazin/aktuelle-ausgabe/januar-2022/vertraut-dem-herrn/?utm_campaign=Newsletter%2018.%20Januar%202022&utm_medium=email&utm_source=Mailjet

Äthiopien: Versorgung mit Hilfsmitteln gefährdet

Aus der Konfliktregion Tigray

Adigrat (Fides) - Aufgrund der anhaltenden Kämpfe in der äthiopischen Region Tigray ist seit dem 14. Dezember der Transport von humanitärer Hilfe ausgesetzt worden.

Trotz der mehr als 800.000 Menschen, die jede Woche unterstützt werden sollten, erhielten zwischen dem 6. und 12. Januar nur etwa 10.500 Menschen Nahrungsmittelhilfe. Dies sei die niedrigste Rate seit März letzten Jahres, so das UN-Büro für humanitäre Angelegenheiten (OCHA). Die Partnerorganisationen berichteten, dass die verbleibenden Nahrungsmittelvorräte nur für 28.000 Menschen ausreichen.

Die anhaltenden Kämpfe in Abala in der äthiopischen Region Afar haben zur Schließung des Korridors Semera-Abala-Mekelle geführt, so dass die Vereinten Nationen und andere Hilfswerke gezwungen waren, jegliche Hilfe in der Region zu reduzieren oder ganz zu streichen.

Nach Angaben der UN-Organisation wurde unterdessen die humanitäre Hilfe in den zugänglichen Gebieten Amhara und Afar intensiviert. In der Region Nord-Zentral-Amhara erhielten in der vergangenen Woche mehr als 578.000 Menschen Nahrungsmittelhilfe, und es wurden mehr als 40.000 Notunterkünfte und andere Hilfsgüter verteilt. Hunderttausende von Binnenvertriebenen kehren dort in ihre Herkunftsorte zurück. In der nordöstlichen Region Afar erhielten in der letzten Woche mehr als 47.000 Menschen Nahrungsmittelhilfe. Darüber hinaus leisten dreißig mobile Gesundheits- und Ernährungsteams weiterhin wichtige Dienste in abgelegenen und vom Konflikt betroffenen Gemeinden.

Erst in den letzten Tagen hat das Internationale Komitee des Roten Kreuzes mitgeteilt, dass einige Ärzte in Tigray infolge des Versorgungsmangels gezwungen sind, Salz zur Desinfektion von Wunden zu verwenden, abgelaufene Medikamente zu verabreichen und Einwegartikel wie Drainagen und Handschuhe wiederzuverwenden.

Die in der ersten Januarwoche 2022 gestartete Masernimpfkampagne wird fortgesetzt und hat bisher mehr als 145.000 von fast 800.000 Kindern erreicht. Die Partnerorganisationen im Gesundheitswesen beklagen jedoch auch, dass sich die Kampagne mit ernsthaften Herausforderungen konfrontiert sieht, darunter der Mangel an Treibstoff und wirtschaftlichen Ressourcen, die begrenzte Kapazität der Kühlkette und der Mangel an medizinischem Personal.

(AP) (Fides 21/1/2022)

Bangladesch: Christ in Flüchtlingslager misshandelt

Christliche Minderheit unter Rohingya immer wieder Ziel von Angriffen

(Open Doors, Kelkheim) – In Bangladesch leben in der Grenzregion zu Myanmar Hunderttausende vertriebene Rohingya in Flüchtlingslagern. Die wenigen Christen unter dem traditionell muslimischen Volk erleben immer wieder Übergriffe – teilweise sogar von Behördenseite. Jüngstes Beispiel hierfür ist der 20-jährige Saydul Amin.

„Sie glauben, die Bekehrung von Muslimen muss gestoppt werden“

2017 wurden große Teile der Volksgruppe der Rohingya gewaltsam aus Myanmar vertrieben und fanden Zuflucht im Nachbarland Bangladesch. Der Internationale Gerichtshof bezeichnete das Vorgehen der myanmarischen Armee zwischenzeitlich als „Völkermord“. Heute leben Hunderttausende vertriebener Rohingya in einem Flüchtlingslager im Distrikt Cox's Bazar in Bangladesch, darunter eine kleine christliche Minderheit.

Der 20-Jährige Saydul Amin ist einer von ihnen. Er kam vor einigen Jahren zum christlichen Glauben und war Teil einer kleinen Gruppe von Christen. Vor Kurzem wurde er jedoch in einen anderen Teil des Lagers verlegt, wo er als einziger Christ inmitten muslimischer Nachbarn wohnte. „Als immer mehr Menschen von seinem christlichen Glauben erfuhren, begannen sie, ihn wegen seines Glaubenswechsels anzufeinden“, so eine lokale Kontaktperson gegenüber Open Doors. „Die Menschen im Lager glauben, dass die Bekehrung von Muslimen gestoppt werden muss.“

Als Amin dem Druck nicht nachgab, reichten seine Unterdrücker bei den Behörden des Lagers eine Beschwerde ein und beschuldigten ihn des Drogenhandels. Anstatt der Sache nachzugehen, ließen die Beamten Amin vorladen und verprügelten ihn, wie er AsiaNews berichtete. „Sie beschuldigten mich, in Drogengeschäften verwickelt zu sein, aber ich wies die Vorwürfe zurück. Dann schlugen sie mich“, sagte er.

Als die Nachricht von Amins Misshandlung sich im Lager und darüber hinaus verbreitete, wurden die Behörden unruhig. Sie kontaktierten Amin und baten ihn um Entschuldigung für seine Behandlung, wie die Kontaktperson Open Doors berichtete. Amin fühlt sich jedoch im Lager nicht mehr sicher.

Christliche Rohingya prangern in Erklärung Gewalt an

Im Oktober letzten Jahres veröffentlichte das „Global Rohingya Christian Community and Network“ eine Erklärung als Reaktion auf die Ermordung eines Leiters der Rohingya-Gemeinschaft. Darin beklagten sie, dass es in den Flüchtlingslagern zahlreiche Angriffe auf Christen gegeben habe, darunter Entführungen, die Zerstörung von Kirchen und Schulen, Einschüchterungen und Übergriffe sowie Zwangskonversionen.

„Christen werden als Menschen betrachtet, die sich außerhalb der Gemeinschaft stellen und von westlichen Christen gekauft wurden, durch Gruppen, die sich durch Missionierung Vorteile verschaffen wollen“, erläuterte Thomas Müller, Analyst der Forschungsgruppe „World Watch Research“ von Open Doors, nach einem solchen Angriff auf Christen im Flüchtlingslager Kutupalong in Cox's Bazar im Januar 2020.

„Hinzu kommt die Radikalisierung der Rohingya-Muslime durch Gruppen wie ARSA [Arakan Rohingya Salvation Army, eine islamistische Gruppierung] und die Tatsache, dass bangladeschische Polizeibeamte möglicherweise mehr daran interessiert sind, alle Unruhen unter Kontrolle zu halten, als eine religiöse Minderheit zu schützen“, sagte er.

Auf dem Weltverfolgungsindex 2022 steht [Bangladesch](#) an 29. Stelle der Länder, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

Quellen: Asia News, Open Doors

Berg-Karabach: Aserbaidtschan hindert Armenier am Besuch des Dadivank-Klosters

International Christian Concern - Aserbaidtschan hindert armenische Pilger weiterhin am Besuch des Dadivank-Klosters, das Christen seit Mai nicht mehr besuchen dürfen. Fünf Geistliche bleiben im Kloster, während russische Friedenstruppen in der Nähe bleiben.

Seit Monaten gehen die Mönche in Anwesenheit der Friedenstruppen ihren Tätigkeiten und Aufgaben nach und beten, halten Gottesdienste ab und feiern Liturgien. Der Primas der Diözese Artsakh, Bischof Vrtanes Abrahamyan, erklärte, es sei unklar, warum Aserbaidtschan Besuchern weiterhin den Zutritt verweigere, da das Gebiet nicht in einer verbotenen Zone liege. Er sagte: "[Die Aserbaidtschaner] erlauben es nicht, und das war's, ohne Grund. Sie sagen nichts. Die Friedenstruppen befinden sich auf dem Gelände des Klosters. Sie leben zusammen. Natürlich sind die Zimmer unterschiedlich. Sie sind getrennt: sie sind militärisch, während die Geistlichen den geistlichen Dienst verrichten. Was die aserbaidtschanische Seite darüber denkt, ist eine zweitrangige Frage. Wir tun, was wir tun müssen."

Die Armenier erinnern sich gern an die Zeiten der Taufen, Segnungen und größeren gemeinsamen Gottesdienste in Dadivank. Heute ist der Besuch des Klosters Dadivank, wie viele andere kulturelle und physische Aspekte des Lebens in und um Artsakh, nur noch eine Erinnerung. Die aserbaidtschanische Aggression hat das armenische Leben und die christliche Kultur eingeschränkt.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Burkina Faso: Bevölkerung unterstützt Putschisten

Keine Gegendemonstrationen

Ouagadougou (Fides) - "Die Lage in Ouagadougou ist ruhig. Die Menschen bewegen sich frei und ohne Probleme. Nach dem Staatsstreich sind mehrere Gruppen junger Menschen auf die Straße gegangen, um ihre Unterstützung für die Militärs zu zeigen, und es scheint keine Gegendemonstrationen zu geben", berichten lokale Quellen aus Ouagadougou, der Hauptstadt von Burkina Faso gegenüber Fides. In dem afrikanischen Land hat in den vergangenen Tagen eine Militärjunta die Macht übernommen. (vgl. [AKREF vom 24.1.22](#)).

Der Präsident, Roch Marc Christian Kaboré, sei „körperlich gesund“, bestätigt eine Quelle in seiner Partei. Der Staatschef befindet sich unter Hausarrest in seiner Präsidentenvilla.

Internationale Medienbilder von Demonstrationen der Bevölkerung zur Unterstützung der Putschisten zeigen einige junge Menschen, die die Flagge der Russischen Föderation schwenken. Burkina Faso ist eines der Länder, die an der G5-Sahel-Initiative teilnehmen, die unter anderem von Frankreich und der Europäischen Union unterstützt wird, um einen Sicherheitsrahmen in den fünf Ländern der Sahelzone zu schaffen, die sich dieser Initiative angeschlossen haben (Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad).

In einer Erklärung betont die Initiative „G5 Sahel“, man sei "sehr besorgt über den Verlauf der Ereignisse in Burkina Faso, die die demokratischen Errungenschaften in diesem Mitgliedsland der Organisation zu untergraben drohen. Die G5 Sahel, die den Idealen von Frieden, Sicherheit und Demokratie verpflichtet ist, verurteilt diesen Versuch, die verfassungsmäßige Ordnung zu stören, aufs Schärfste. Sie fordert die Achtung der körperlichen Unversehrtheit des Präsidenten von Burkina Faso und aller inhaftierten Behörden. Die G5-Sahel ruft alle Parteien dazu auf, den Dialog zu fördern und alle Widersprüche ruhig und friedlich zu lösen".

Unterdessen gab es damit in drei der an der Initiative beteiligten Länder einen Militärputsch: angefangen bei Mali im August 2020 und im Tschad nach der Ermordung des Präsidenten im April 2021. Die Bemühungen zur Bekämpfung der in der Sahelzone wütenden dschihadistischen Gruppen könnten dadurch geschwächt werden.

Seit 2015 wurden allein in Burkina Faso aufgrund der grassierenden Unsicherheit in mehreren Regionen des Landes rund 1,5 Millionen Menschen zur Flucht im eigenen Land gezwungen.

(L.M.) (Fides 26/1/2022)

Burkina Faso: Militär setzt Präsident Kaboré fest

Aufständische Soldaten geben angebliche Festnahme des Staatsoberhauptes bekannt

Ouagadougou (Fides) - "Die Militärs haben angekündigt, dass sie in Kürze im nationalen Fernsehen sprechen werden, und vielleicht werden wir dann besser verstehen, was vor sich geht", so lokale Quellen aus Ouagadougou gegenüber Fides. In der Hauptstadt von Burkina Faso hatten aufständische Soldaten behauptet, Präsident Roch Marc Christian Kaboré und andere hohe Staatsbeamte verhaftet zu haben.

"Im Moment haben wir nur die Erklärung der aufständischen Soldaten", berichtet der Beobachter, der aus Sicherheitsgründen um Anonymität bittet. "Am gestrigen Sonntag, den 23. Januar, kam es zu Aufständen in einigen Kasernen, bei denen die Soldaten die Ablösung der Armeeführung und angemessene Mittel zur Bekämpfung der Dschihadisten forderten. In der Nacht wurde in der Nähe einiger Kasernen geschossen, und heute Morgen gaben die Aufständischen die Verhaftung des Staatsoberhauptes bekannt".

"Die Regierung hatte gestern Abend eine Ausgangssperre verhängt. Seit Sonntag funktionieren die Internetverbindungen nicht mehr. Heute sind Militär und Polizei auf den Straßen zu sehen, aber im Moment scheint die Lage ruhig zu sein. Die Bevölkerung wartet ab, wie sich die Aufstände entwickeln", so er Beobachte abschließend zur aktuellen Entwicklung. Präsident Kaboré, der seit 2015 an der Macht ist und fünf Jahre später mit dem Versprechen wiedergewählt wurde, den Kampf gegen islamistische Milizen zu seiner Priorität zu machen, wurde in jüngster Zeit zunehmend auch von einer Bevölkerung kritisiert, die über die weit verbreitete islamistische Gewalt und ihre Unfähigkeit des Staates, ihr zu begegnen, verärgert ist.

(L.M.) (Fides 24/1/2022)

Burkina Faso: „Der Norden ist nahezu christenfrei“

Open-Doors-Experte zu den Folgen des Militärputsches

Ouagadougou (IDEA) – Der Sturz des amtierenden Präsidenten Burkina Fasos durch das Militär wird zur weiteren Destabilisierung der Region führen. Diese Ansicht äußerte der leitende Analyst des christlichen Hilfswerks Open Doors für Religions- und Glaubensfreiheit in Afrika südlich der Sahara, Illia Djadi, im Gespräch mit der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Hintergrund ist der Militärputsch vom 24. Januar und die Verhaftung von Präsident Roch Marc Kaboré. Die Putschisten hatten ihr Handeln mit der Unfähigkeit Kaborés begründet, die im Norden des westafrikanischen Landes operierenden Islamisten wirkungsvoll zu bekämpfen. Sie stellten baldige Wahlen in Aussicht. Djadi befürchtet, dass das durch den Staatsstreich ausgelöste Chaos islamistischen Gruppen in die Hände spielt. „Wir konnten in Mali beobachten, dass Islamisten die Instabilität im Land ausnutzen, um verstärkt Angriffe durchzuführen. Wir sind sehr besorgt und beten für die Menschen in Burkina Faso.“ Auch wenn von der Übergangsregierung keine Gefahr für die christliche Minderheit in dem islamischen Land ausgehe, werde sich deren Lage eher verschlechtern. „Der Norden ist bereits nahezu ‚christenfrei‘. Etwa 1,5 Millionen Menschen wurden innerhalb des Landes vertrieben.“ Viele Christen seien getötet worden und Tausende geflohen. Die bisherige Regierung habe ihnen keinen ausreichenden Schutz bieten können. Es bleibe abzuwarten, ob sich die neuen Machthaber stärker für die Belange der Christen einsetzen werden, so Djadi. Von den rund 20 Millionen Einwohnern Burkina Fasos sind 60 Prozent Muslime und 25 Prozent Christen.

Costa Rica: Legalisierung von Cannabis

Bischöfe fordern Abwägung von Nutzen und Schaden

San José (Agenzia Fides) - Die Bischöfe von Costa Rica äußern sich zur Legalisierung von Cannabis „für medizinische und therapeutische Zwecke und Hanf für Lebensmittel und industrielle Zwecke“. Mit einem neuen Gesetz wolle man zwar angeblich die Gesundheit der Bevölkerung und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des ländlichen Raums fördern, so die Bischöfe, doch der Text enthalte auch Bestimmungen, „die die öffentliche Gesundheit und Sicherheit gefährdeten“ sowie einige „Ungereimtheiten“.

In der Erklärung der Bischofskonferenz von Costa Rica wird zunächst hervorgehoben, dass "es keine Garantien dafür gibt, dass diese Kulturen zur Förderung der Verteilung des Wohlstands in den ländlichen Gebieten beitragen können", da „keine Maßnahmen vorgesehen sind, durch die die Kleinbauern ausreichende Vorteile erhalten, um die Art des Anbaus zu ändern“. Darüber hinaus sind "Monokulturen an der Umweltzerstörung beteiligt", und es wird auch "äußerst schwierig sein, illegale Cannabisplantagen zu kontrollieren", da sie Hanfplantagen ähneln und somit kriminellen Gruppen Vorschub leisten, wie es in anderen Ländern geschehen ist. Der unkontrollierte Cannabisanbau, der in Costa Rica leicht möglich ist, würde also "der öffentlichen Gesundheit, insbesondere der jugendlichen Bevölkerung, schweren Schaden zufügen". Nach Angaben des „Institute on Alcoholism and Drug Dependence“ (IAFA) ist das durchschnittliche Einstiegsalter für den Marihuanakonsum seit 2012 stetig gesunken und lag im letzten Jahr bei 13,4 Jahren.

Deshalb so die Bischöfe, verdiene die Empfehlung der Universität von Costa Rica, den Gesetzesentwurf nicht zu unterstützen, die sich auf die Beobachtungen von akademischen Experten der Fakultäten für Medizin, Pharmazie und Biologie sowie des Instituts für pharmazeutische Forschung (Inifar) stützt, „besondere Beachtung“.

Schließlich sei zu prüfen, ob die für den Anbau und den Eigenverbrauch erteilten Genehmigungen mit den Bestimmungen der von Costa Rica unterzeichneten internationalen Übereinkommen zu diesem Thema unvereinbar sind. „Diese und andere Beobachtungen“, so die Schlussfolgerung, "veranlassen uns, die Behörden aufzufordern, über Nutzen und Schaden dieses Gesetzes, das in der Gesetzgebungsphase angenommen wurde, zum Wohle der gesamten nationalen Bevölkerung nachzudenken“.

(SL) (Fides 25/01/2022)

Deutschland: Brand in Berliner Paul-Gerhardt-Kirche

Verdacht auf „schwere Brandstiftung“ – Altar, Altarbild und Orgel sind zerstört

Berlin (IDEA) – Brandstiftung war offenbar der Grund für ein Feuer am Abend des 20. Januar im Innenraum der Paul-Gerhardt-Kirche in Berlin-Prenzlauer Berg. Wie die Gemeinde mitteilte, konnte die Feuerwehr den Brand löschen. Verletzte habe es nicht gegeben, allerdings seien Altar, Altarbild und Orgel zerstört sowie der Kircheninnenraum erheblich beschädigt worden. Die Höhe des Schadens könne noch nicht genannt werden. Vorerst könne die Kirche nicht genutzt werden. Sie wurde von 1908 bis 1910 erbaut. Wie ein Sprecher der Polizei Berlin der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA mitteilte, ermittelt das Brandkommissariat des Landeskriminalamtes wegen des Verdachts der „schweren Brandstiftung“. Kurz vor Ausbruch des Feuers habe ein Zeuge einen Mann gesehen, der den Ort „hastig“ verlassen habe.

Deutschland: DITIB plant neue Zentralmoschee in Wuppertal

Verband will außerdem Wohn- und Bürogebäude bauen

Wuppertal (IDEA) – Die Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) plant den Bau einer neuen Zentralmoschee in Wuppertal. Der Verband stellte auf seiner Internetseite den Entwurf für den Neubau vor. Er soll Platz für bis zu 700 Besucher bieten. Im Erdgeschoss sind ein Café und ein Kulturbereich geplant. Der Entwurf sieht den Anbau eines stilisierten, nicht nutzbaren Minaretts vor. Die neue Moschee soll auf einem 6.000 Quadratmeter großen Areal im Stadtteil Elberfeld entstehen. Auf dem Gelände plant DITIB außerdem den Bau eines Kindergartens, eines zweistöckigen Vereinshauses sowie von Wohn- und Bürogebäuden. Das Konzept sehe bewusst großzügige Freiflächen vor, um das Gemeindezentrum zu einem Treffpunkt für die in der Nachbarschaft lebenden Menschen zu machen, so die DITIB. Das Areal liege in einem maroden und vernachlässigten Teil der Stadt, dem das Bauvorhaben neue Perspektiven eröffne. Auf dem Gelände stehen zurzeit noch mehrere Häuser und eine ehemalige Tankstelle.

Evangelische Allianz: DITIB muss sich zu Religionsfreiheit bekennen

Der Vorsitzende der Evangelischen Allianz Wuppertal und Präses der Evangelischen Allianz Niederrhein-Ruhr-Südems, Pfarrer Michael Voss, sagte auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA, dass Christen in vielen muslimischen Ländern ihren Glauben nicht frei leben können oder sogar verfolgt werden. Wenn Christen hierzulande sich glaubwürdig für diese Verfolgten und Benachteiligten einsetzen wollten, müssten sie auch den hier lebenden Muslimen die Ausübung ihrer Religion zugestehen. Dazu gehöre auch der Neubau einer Moschee. Der Moscheeverband DITIB müsse sich allerdings seinerseits eindeutig zu Demokratie und Religionsfreiheit bekennen. Weiter sagte Voss: „Besonders unter dem missionarischen Aspekt können wir als Geschenk und Auftrag Gottes ansehen, dass er uns Menschen aus anderen Kulturen und mit anderer Religion sozusagen ‚vor die Haustür‘ stellt.“ Christen sollten sie in respektvollen Gesprächen „auf das aufmerksam machen, was wir erleben durften und dürfen: dass Jesus Christus der Heiland aller Welt und aller Menschen ist“.

Deutschland: Erste muslimische Kita bleibt geschlossen

Oberverwaltungsgericht: Widerruf der Betriebserlaubnis ist rechtmäßig

Mainz/Koblenz (IDEA) – Die erste muslimische Kita in Rheinland-Pfalz, der Al-Nur-Kindergarten in Mainz, bleibt geschlossen. Das entschied das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz. Wie es in einer am 24. Januar veröffentlichten Mitteilung heißt, gibt es keinen Zweifel daran, dass das Land Rheinland-Pfalz die Betriebserlaubnis zu Recht widerrufen habe (AZ: 7 A 10652/21.OVG). Im Februar 2019 hatte das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung die Genehmigung für den Betrieb des Kindergartens zurückgenommen. Dagegen hatte der Träger, der Arab Nil-Rhein Verein, in verschiedenen Instanzen geklagt.

Gegen Auflagen verstoßen

Der Al-Nur-Kindergarten startete 2009 mit zunächst 25 und später 47 Plätzen. Dem Träger war damals die Auflage erteilt worden, regelmäßige Kontakte mit anderen Kindergärten und Religionsgemeinschaften zu pflegen, um die gesellschaftliche Integration der betreuten Kinder zu fördern. Dieser Auflage sei die Einrichtung nicht oder nur unzureichend nachgekommen, so das Oberverwaltungsgericht. Er habe keine Maßnahmen ergriffen, „um einem Abgleiten der betreuten Kinder in eine religiös geprägte Parallelgesellschaft vorzubeugen“.

Kontakt zu Salafisten und Muslimbrüdern

Außerdem seien immer mehr Sachverhalte bekannt geworden, die zeigten, dass der Verein Verbindungen zur Muslimbruderschaft und zu salafistischen (radikalislamischen) Bewegungen habe. So befänden sich die Räume des Kindergartens im gleichen Gebäude wie die Vereinsräume und eine Moschee des Trägervereins. Dort seien Personen aufgetreten, die islamistische Auffassungen vertreten hätten. Nach Überzeugung des Oberverwaltungsgerichts ist der Trägerverein nicht willens und nicht in der Lage, „die Gefährdung der gesellschaftlichen Integration der im Al-Nur-Kindergarten betreuten Kinder abzuwenden“.

Deutschland: IIRF veröffentlicht Prüfbericht zum Weltverfolgungsindex 2022

Das Internationale Institut für Religionsfreiheit (IIRF) hat seinen Prüfbericht zum Weltverfolgungsindex (WVI) 2022 von Open Doors International veröffentlicht, der am 19. Januar 2022 vorgestellt wurde. Seit 2014 überprüft ein Team von Forschern und Experten des IIRF systematisch den Prozess der Datenerfassung, -auswertung und -bewertung, der zu der jährlichen Liste der 50 Länder führt, in denen es für Christen aufgrund verschiedener Formen von Diskriminierung und Verfolgung am schwierigsten ist, zu leben.

„Der Weltverfolgungsindex von Open Doors und die ihr zugrunde liegenden Statistiken gehören zu den meist zitierten Instrumenten zur Messung der Diskriminierung oder Verfolgung von Christen und der Verletzung ihrer Religionsfreiheit. Ich halte sie für ein sehr nützliches Instrument um Diskriminierung und Verfolgung von Christen zu verstehen“, kommentiert Prof. Dr. Christof Sauer, Forschungsdirektor am IIRF, und fügt hinzu: „Da diese Statistiken manchmal falsch zitiert oder missverstanden werden, betone ich, dass sie richtig interpretiert und angemessen verwendet werden müssen.“

In einem Diskussionspapier mit dem Titel ‚Alarmglocken gegen Diskriminierung‘ betonte Sauer auch die Rolle des WVI als Instrument zur Sensibilisierung für dieses Thema: „Unter den wenigen verfügbaren Instrumenten, die die Verfolgungssituation von Christen in vielen Ländern beschreiben, ragt der Weltverfolgungsindex durch seine Aktualität heraus, denn er erscheint bereits zweieinhalb Monate nach Abschluss seines Berichtszeitraums. Er hat eine besondere Nähe zur christlichen Basis in den stark betroffenen Ländern, insbesondere unter den evangelikalen und pfingstlichen Kirchen. Außerdem zeigt er eine besondere Sensibilität für das Schicksal von Konvertiten, die bekanntlich häufig stärker verfolgt werden als andere Christen.“

Dr. Dennis Petri, Internationaler Direktor des IIRF, kommentierte: „Die Hauptaufgabe des IIRF besteht darin, qualitativ hochwertige Forschung zur Religionsfreiheit zu fördern. Dies tun wir unter anderem durch die jährliche Prüfung des Weltverfolgungsindex von Open Doors, der maßgeblichen Informationsquelle über die Verfolgung von Christen. Durch die Prüfung liefern wir nicht nur eine akademische Validierung für diese Veröffentlichung, sondern wir geben auch Empfehlungen zur Verbesserung des Forschungsprozesses.“

Der vollständige Prüfungsvermerk

Die Ergebnisse des Open Doors Weltverfolgungsindex 2022 wurden von World Watch Research (WWR) akkurat und sorgfältig präsentiert – im Rahmen der bei der Informationsverarbeitung erreichten Genauigkeit. Die Länderprofile geben eine gründliche, detaillierte und differenzierte Auskunft von der Diskriminierung und Verfolgung von Christen.

Bei der gründlichen Überprüfung von fünf durch die Prüfer ausgewählten Länderstichproben konnten die Prüfer feststellen, dass die veröffentlichte Methodologie des Weltverfolgungsindex sorgsam von den WWR-Mitarbeitern angewandt wurde. Damit wurden seit 2014 insgesamt 29 Länder überprüft. Abläufe und Quellen wurden sorgfältig dokumentiert und auf Anfrage transparent zur Verfügung gestellt. Die Dokumentationsmechanismen wurden auf dem gleichen Niveau gehalten wie im Vorjahr. Maßnahmen zur Erhaltung der Informationstiefe wurden fortgeführt.

Die zahlenmäßigen Bewertungen spiegeln zutreffend die Methodologie und die eingegangenen Informationen wider. Der Grad der Zuverlässigkeit einzelner Länderpunktzahlen ist vor allem abhängig von der Tiefe und Qualität der erhaltenen Informationen. Das mag von Land zu Land unterschiedlich ausfallen.

Das Methodik-Dokument (November 2021) beschreibt verschiedene Qualitätssicherungsmaßnahmen der WWR-Mitarbeiter im Blick auf eine einheitliche Anwendung des Fragebogens und der Methodik. WWR gab eine glaubhafte schriftliche Erklärung ab, wie diese angewendet wurden. WWR berichtete auch detailliert darüber, wie das Feedback von internen Analysten und vom IIRF aus der Plausibilitätsüberprüfung der resultierenden Länderpunktzahlen verarbeitet wurde. Weitere Aussagen, Dokumente oder Interpretationen von Open Doors International oder der mit Open Doors verbundenen nationalen Werke, die auf der Veröffentlichung des Weltverfolgungsindex 2022 beruhen oder damit in Verbindung gebracht werden, sind von diesem Prüfungsvermerk ausdrücklich ausgeschlossen.

IIRF hat Open Doors eine Liste mit Empfehlungen für zukünftige Verbesserungen übermittelt.

Über das IIRF

Unter dem Dach der WEA ist das Internationale Institut für Religionsfreiheit (IIRF) ein Netzwerk von Professoren, Forschern, Akademikern, Spezialisten und universitären Einrichtungen aus allen Kontinenten. Die lokalen Sektionen arbeiten daran, zuverlässige Daten über die Verletzung der Religionsfreiheit weltweit zu analysieren. Sie bemühen sich auch darum, das Thema Religionsfreiheit in die Lehrpläne von Hochschulen und Universitäten einzubringen, insbesondere in den Bereichen Recht, Soziologie, Religionswissenschaften und Theologie. IIRF hat Zweigstellen in Europa, Afrika, Asien und Nordamerika mit Büro oder Partnern in Brüssel, Colombo, Delhi, Kapstadt, Brasília, Tübingen und Vancouver.

Downloads und Links:

- IIRF-Prüfungsbericht zum WVI 2022 (pdf)
- Diskussionspapier aus dem letzten Jahr: ‚Empfehlungen zum Gebrauch der Zahlen im Weltverfolgungsindex‘ (2021): www.fthgiessen.de/wp-content/uploads/pdf/PRFCV_Empfehlungen-WVI-2021.pdf
- Diskussionspapier ‚Alarmglocken gegen Diskriminierung: Wozu weltweite Überblicke und Ländervergleiche über Verfolgung nützlich sind‘: www.fthgiessen.de/wp-content/uploads/pdf/PRFCV_Alarmglocken.pdf
- Der deutsche Zweig von Open Doors veröffentlicht an dieser Stelle Materialien zum Weltverfolgungsindex: www.opendoors.de/christenverfolgung/weltverfolgungsindex
- Das englische Originaldokument zum Weltverfolgungsindex 2022 ‚WWL 2022 – Compilation of all main documents‘: <https://iirf.global/wp-content/uploads/2022/01/WWL-2022-Compilation-of-main-documents.pdf>
Dieses BQ als pdf

Quelle: Bonner Querschnitte www.bucer.de/bq.html

Deutschland: Pfarrerin erhält Morddrohungen

Herne: Polizei vermutet ein politisches Motiv

Herne (IDEA) – Die Pfarrerin der Evangelischen Kreuz-Kirchengemeinde Herne, Melanie Jansen, hat Morddrohungen erhalten. Das berichtete der Leiter der Öffentlichkeitsarbeit des Evangelischen Kirchenkreises Herne, Pfarrer Arnd Röbbelen, gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Jansen habe im Dezember 2021 in ihrem Garten einen Zettel mit der Aufschrift „Du bist tot“ gefunden. Auf den Zettel war außerdem ein rauchender Revolver gemalt. Daneben hätten einige Batterien gelegen, die offenbar an Patronenhülsen erinnern sollten. Am 17. Januar habe Jansen auf ihrem Grundstück Zigarettenkippen und ein Taschentuch mit der Aufschrift „Tot!“ gefunden. Die Polizei nehme die Drohungen ernst und vermute ein politisches Motiv. Der Staatsschutz habe Ermittlungen eingeleitet. Hintergrund sei vermutlich die Beteiligung der Pfarrerin an ökumenischen Friedensgebeten auf dem Vorplatz der Kreuzkirche. Sie finden seit November 2021 jeweils samstags statt und werden von der Kirchengemeinde gemeinsam mit der katholischen Kirchengemeinde St. Dionysius Herne und der Islamischen Gemeinde Röhlinghausen organisiert. Die Friedensgebete wurden erstmals 2019 durchgeführt. Anlass waren damals Treffen von Rechtsextremisten in der Stadt. Sie seien auf Jansens Initiative hin nun wieder aufgenommen worden, weil in der Stadt seit einigen Wochen regelmäßig eine Gruppe von Gegnern der Corona-Maßnahmen demonstriere.

Europa: Antisemitismus bekämpfen und jüdisches Leben schützen

Gemeinsame Erklärung christlicher und jüdischer Repräsentanten

Berlin (IDEA) – Vertreter protestantischer Kirchen und jüdischer Verbände sowie weitere Persönlichkeiten aus Europa und den USA haben Christen zu einer tätigen Solidarität mit Juden aufgerufen. Gemeinsam verabschiedeten sie im Rahmen der internationalen Fachkonferenz „The contemporary church and antisemitism today“ (Die zeitgenössische Kirche und Antisemitismus heute) eine Erklärung. Veranstalter war die Evangelische Akademie zu Berlin gemeinsam mit der „European Coalition for Israel“ zum 80. Jahrestag der Wannseekonferenz. Am 20. Januar 1942 hatten sich Vertreter des nationalsozialistischen Regimes in einer Villa am Großen Wannsee in Berlin getroffen, um den Holocaust an den europäischen Juden vorzubereiten.

Christen sollen „ihres Bruders Hüter“ sein

In der Erklärung heißt es unter anderem, dass man Antisemitismus bekämpfen und jüdisches Leben weltweit schützen wolle. Er wachse derzeit in Form von Delegitimierungsversuchen der jüdischen Religion sowie des Staates Israel. Der Holocaust habe nicht erst mit der Wannseekonferenz begonnen, sondern mit einer langen Reihe von Gesetzen und Erlassen, die dazu gedient hätten, die jüdische Kultur und Religion auszuschließen, zu diskriminieren und zu delegitimieren. Diese Maßnahmen hätten schließlich im jüdischen Massenmord ihren Höhepunkt gefunden. „Angesichts dieser Gräueltaten fordern wir Christinnen, Christen und die christlichen Kirchen auf, ‚ihres Bruders Hüter‘ zu sein, sich heute solidarisch mit ihren jüdischen Nachbarinnen und Nachbarn zu zeigen und Bedingungen zu schaffen, unter denen jüdisches Leben gedeihen kann“, so die Erklärung.

Auch Prof. Thomas Schirmacher unterzeichnete

Konkret würde diese Solidarität bedeuten, sich der Kriminalisierung der Beschneidung und des koscheren Schlachtens „unter dem Deckmantel“ der Kinderrechte und der Tierschutzgesetze zu widersetzen. Diese Praktiken seien zentrale Rituale der jüdischen Religionsausübung und durch die Religions- und Glaubensfreiheit gedeckt. Zu den Unterzeichnern gehören der Generalsekretär der Europäischen Rabbinerkonferenz, Gady Gronich (München), der Antisemitismusbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Christian Staffa (Berlin), sowie der Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz, Prof. Thomas Schirmacher (Bonn), und der Leitende Pastor des Gospel Forums Stuttgart, Peter Wenz.

Europa: Dänischer Integrationsminister-Migration muss „unter Kontrolle“ sein

Hälfte der Asylbewerber in Europa sei „in keiner Weise schutzbedürftig“

Zürich (IDEA) – Der dänische Integrationsminister Mattias Tesfaye hat die strenge Linie seines Landes beim Asylrecht verteidigt. Das Parlament hatte im vergangenen Jahr ein Gesetz verabschiedet, das Asylzentren in anderen Ländern möglich machen soll. Es sei „völlig normal“ für linke Politiker, sich für eine Migration einzusetzen, die „unter Kontrolle ist“, sagte er im Gespräch mit der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ/Online 20. Januar). Sonst zahlten „Schlechtverdiener und schlecht gebildete Leute den höchsten Preis für eine Integration, die nicht funktioniert“. Tesfaye zufolge ist die Hälfte der Asylbewerber in Europa „in keiner Weise schutzbedürftig“. Zudem handele es sich mehrheitlich um junge Männer.

Zwischen Asylsuchenden und Flüchtlingen unterscheiden

Flüchtlinge sollten stattdessen, so Tesfaye, nach humanitären Kriterien ausgewählt werden: „In Dänemark nehmen wir derzeit Leute aus Kongo und aus Burundi auf. Sie kommen aus Auffanglagern in Rwanda, es sind sexuelle Minderheiten oder Frauen mit Kindern.“ Weiter betonte Tesfaye, dass das „Null-Ziel“ seines Landes ausschließlich Asylsuchende und nicht Flüchtlinge betreffe. Letztere müssten hingegen in Europa angesiedelt werden: „Aber wir wollen sichergehen, dass die Leute, die in Kopenhagen landen, wirklich Flüchtlinge sind, die von der Uno ausgewählt worden sind – und nicht von Menschenschmugglern.“ Weil Dänemark einige Punkte der europäischen Gesetzgebung ausgeklammert habe, sei es – anders als in Deutschland oder Schweden – möglich, Asylgesuche in Drittstaaten zu prüfen. Er lege seinen europäischen Kollegen nahe, dasselbe zu tun, betonte Tesfaye und verwies auf aktuelle Entwicklungen in seinem Heimatland. So nehme in Dänemark die Kriminalitätsrate ab und der Bildungs- sowie der Beschäftigungsgrad steige: „Ich bin absolut sicher, dass wir dieselben Integrationsprobleme hätten, wenn wir die gleichen Einwanderungszahlen wie unsere Nachbarn verzeichneten.“

„Mangelnde kulturelle Integration“ bei Muslimen

Bei Muslimen sieht Tesfaye nach eigenen Angaben eine „mangelnde kulturelle Integration“ – etwa wenn es um die Bereitschaft gehe, „demokratische Werte zu leben, die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu akzeptieren oder dass eine Religion niemals über dem Gesetz steht“. Die jüdischen Schulen, aber auch die Gemeinden seien „in einem Masse mit Antisemitismus konfrontiert, das es früher nicht gab. Und das ist wegen der Migration.“ Die Regierung plane mehrere Gesetze, mit denen sie die „Unterwanderung der Demokratie“ verhindern wolle. Ein bereits 2021 verabschiedetes Gesetz verbiete es religiösen Institutionen, „Geld von undemokratischen Personen, Organisationen oder Regierungen anzunehmen“. Schon seit einigen Jahren hindere Dänemark antidemokratische Prediger an der Einreise: „Wenn ein britischer Imam hierherkommen will, um gegen Juden oder Homosexuelle zu hetzen, können wir ihn am Flughafen zurückweisen oder dafür sorgen, dass er in Heathrow gar nicht erst ins Flugzeug steigt.“

Jeder Europäer soll seine Religion leben können, aber...

Europa müssen „einen Weg finden, damit unsere Bürger ihre Religion leben können, auch den Islam“. Er sei optimistisch, dass dies gelingen werde. Aber „es wird schwierig zu bewältigen, wenn jedes Jahr eine große Zahl von Migranten aus dem Mittleren Osten zu uns kommt. Dann werden wir jedes Mal von vorn beginnen müssen, unsere Kultur zu erklären.“ Der 40-jährige Tesfaye ist seit 2019 Minister für Einwanderung und Integration. Er war Maurer und viele Jahre Aktivist einer kommunistischen Splitterpartei. 2012 wechselte er zu den Sozialdemokraten. Sein Vater kam als politischer Flüchtling aus Äthiopien nach Dänemark. Ministerpräsidentin Dänemarks ist die Sozialdemokratin Mette Frederiksen.

Indien: Auf dem Gelände einer katholischen Kathedrale

Tamil Nadu: Statue des heiligen Sebastian verwüstet

Coimbatore (Fides) - Auf dem Gelände der katholischen Kathedrale der Heiligen Dreifaltigkeit in Ramanathapuram im Bezirk Coimbatore im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu verwüsteten zwei unbekannte Männer eine Statue des Heiligen Sebastian. Der Vorfall am Abend des 23. Januar. Die beiden Männer kamen mit Motorrädern zur Kirche. Wie Pfarrer Bastin Joseph, der stellvertretende Pfarrer der Kirche, berichtet, brach einer von ihnen das Tor auf, schlug ein Fenster ein, stieg in die Kirche ein, schlug auf die Statue ein und verwüstete sie, um dann die Flucht zu ergreifen. Erst in den vergangenen Tagen hatte die örtliche Gemeinde das Fest des Heiligen (20. Januar) öffentlich gefeiert.

Pfarrer Joseph erstattete Anzeige bei der Polizei in Ramanathapuram, die die Angelegenheit unter anderem mit Hilfe von Überwachungskameras untersucht. Die Kathedrale der Heiligen Dreifaltigkeit gehört zur Eparchie Ramanathapuram, die rechtlich zur syro-malabarischen katholischen Kirche des südindischen Staates Kerala gehört.

Nach Angaben des "United Christian Forum", wurden allein zwischen dem 1. und 12. Januar 2022 in neun indischen Bundesstaaten (darunter fünf im Bundesstaat Chhattisgarh und vier in Jharkhand) mindestens 19 Fälle von Gewalt gegen Christen registriert. "Im Jahr 2021 wurden in Indien fast 500 Fälle von antichristlicher Gewalt gemeldet", so der Katholik A.C. Michael, Koordinator der UCF, gegenüber Fides. Laut Michael ist dies nur die Spitze des Eisbergs, denn "viele Fälle von Aggression gegen Christen werden nicht gemeldet und sind nicht dokumentiert".

Der katholische Bischof von Jaipur im indischen Bundesstaat Rajasthan, Oswald Lewis, kommentierte das Klima der Gewalt und Einschüchterung mit den Worten: "Indien ist seit jeher ein Land, in dem jede Religion respektiert wird und die Anhänger verschiedener Religionen seit Jahrhunderten in Frieden und Harmonie zusammenleben. In den letzten Jahren wurden jedoch auch religiöse Minderheiten ins Visier genommen, insbesondere Christen und Muslime. Die Gewalttäter wollen die Einheit des Landes destabilisieren". Er fügte hinzu: "Es ist traurig zu sehen, dass die christliche Gemeinschaft, die dem Land vor allem dadurch dient, dass sie sich für die Armen und Ausgegrenzten einsetzt, zur Zielscheibe von Gewalt geworden ist. Außerdem ermutigt die Untätigkeit der Regierung die Verfolger, die ungestraft bleiben. Die Regierung muss wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Einheit und die Demokratie des Landes zu bewahren".

(SD-PA) (Fides 25/1/2022)

Indien: Christliche Politikerin fordert Regierung auf, mehr für den Schutz religiöser Minderheiten zu tun

IIRF-D/BF/Tübingen/27.01.22 - Eine christliche indische Politikerin hat die Regierung von Premierminister Narendra Modi aufgefordert, mehr für den Schutz von Christen und anderen religiösen Minderheiten vor extremistischen Gruppen zu tun.

Die 79jährige Katholikin Margaret Alva, ehemaliges Mitglied des indischen Parlaments und nacheinander Gouverneurin von Uttarakhand, Rajasthan, Gujarat und Goa, beklagte, dass religiöse Minderheiten Gefahr liefen, "Bürger zweiter Klasse" zu werden.

Ihrer Meinung nach nehmen Gräueltaten gegen Indiens Minderheiten zu. Das Schweigen von Premierminister Modi werde von extremistischen Elementen in der indischen Gesellschaft als "stillschweigende Zustimmung und Ermutigung" aufgefasst. Die indische Verfassung, die Religionsfreiheit garantiert, müsse eingehalten werden.

Die Intervention von Margaret Alva erfolgt inmitten einer Zunahme von Angriffen auf Kirchen und christliche Gemeinschaften in ganz Indien.

Margaret Alvas offener Brief in voller Länge:

MARGARET ALVA, Am Silvesterabend 2021/22.

Sehr geehrter Herr Premierminister,

ich schreibe Ihnen, dem Führer unserer großen demokratischen, säkularen, sozialistischen Republik Indien, die von einer Verfassung regiert wird, in der die Grundrechte und -freiheiten der indischen Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Kaste, Hautfarbe, Rasse oder Glauben verankert sind, als besorgte ältere Bürgerin, die meinem Land 50 Jahre lang in verschiedenen Funktionen gedient hat.

Sie sind eine national und international geachtete Führungspersönlichkeit. Sie reisen um die ganze Welt und fordern die Staats- und Regierungschefs der Welt, darunter auch Seine Heiligkeit den Papst, in Rom auf, zu verkünden, dass Indien ein freier, demokratischer, säkularer Staat ist. Ihre Reden und Erklärungen wurden von den globalen Medien gelobt und es wurde ausführlich über Sie berichtet. Leider steht die Realität hier vor Ort in krassem Gegensatz zu dem Bild, das Sie der Weltgemeinschaft von Indien vermitteln, insbesondere im Zusammenhang mit Minderheitenrechten und Säkularismus.

Herr Premierminister, in ganz Indien terrorisieren, attackieren und töten hoch organisierte und militante rechtsextreme Gruppen unschuldige Bürger im Namen der Religion. Ich bin entsetzt über die jüngsten, weit verbreiteten Äußerungen einiger religiöser Führer, die zum Völkermord an Nicht-Hindus aufrufen, um ein „Hindu Rashtra“ zu schaffen. Noch schockierender ist, dass weder Ihre Zentralregierung noch die Regierung der Bundesstaaten, die von der BJP kontrolliert werden, deren unangefochtener Führer Sie sind, noch die lokale Verwaltung reagiert oder Maßnahmen ergreift, um gegen diese toxischen und ansteckenden Hassreden vorzugehen, die darauf abzielen, unter Millionen von Minderheiten, die hier im Land leben, Unsicherheit und Angst zu verbreiten.

Seit den Anfängen unseres Freiheitskampfes haben Muslime, Sikhs und Christen sowie Angehörige vieler anderer religiöser Sekten und Konfessionen Schulter an Schulter mit unseren Hindu-Brüdern und -Schwestern gekämpft, um unsere Freiheit zu erringen und unser Mutterland zu verteidigen. Meine Schwiegereltern, der verstorbene Joachim und Violet Alva, waren Freiheitskämpfer, die ins Gefängnis gingen und das erste Ehepaar im indischen Parlament wurden, wobei sie auch die erste Frau im Parlament war. Heute gibt es Tausende von Minderheiten, die der Nation in allen Bereichen des Lebens und in allen Teilen des Landes dienen. Sollen wir nun als Bürger zweiter Klasse behandelt werden?

Herr Premierminister, wie können Sie die Augen verschließen und schweigen, wenn die Gräueltaten an Indiens Minderheiten zunehmen? Ihr Schweigen, Herr Premierminister, wird als stillschweigende Zustimmung und Ermutigung zu der ständig zunehmenden Gewalt und Einschüchterung der indischen Minderheiten missverstanden. Wann werden Sie sich zu Wort melden und diesem Wahnsinn und der Gewalt Einhalt gebieten?

Mein Heimatstaat Karnataka, in dem ich geboren und aufgewachsen bin, rühmt sich eines friedlichen, integrativen Umfelds, das Menschen aus der ganzen Welt angezogen hat. Dieses Weihnachten hat uns die BJP-Regierung des Bundesstaates in "Anerkennung" unserer Verdienste das drakonische "Gesetz zum Schutz des Rechts auf Religionsfreiheit in Karnataka" geschenkt, das Bestimmungen enthält, die bereits von Gerichten verworfen wurden und eindeutig gegen die indische Verfassung verstoßen. Es macht alle Minderheiten, unsere Einrichtungen, Praktiken, Dienste und Wohltätigkeitsorganisationen verdächtig. Persönliche Freiheiten in Bezug auf die Privatsphäre, die Religion, die Ehe und die Entscheidungsfindung werden uns genommen. Der Staat wird zum Schiedsrichter über unser persönliches Leben und macht uns zum Gegenstand von Untersuchungen, Anklagen und Inhaftierungen durch den Staat und seine Beamten, die die Bestimmungen des Gesetzes auslegen und uns ohne Gerichtsverfahren inhaftieren werden.

Wir Christen sind eine disziplinierte, gewaltfreie, dienstorientierte Gemeinschaft. Wenn wir an Massenbekehrungen beteiligt waren, warum liegt dann unsere Zahl unter 3 %? 200 Jahre Herrschaft christlicher Kolonialmächte und die Arbeit so genannter "Missionare, die an Zwangsbekehrungen beteiligt waren", sollten sich in unseren Zahlen niederschlagen - die rückläufig sind. Warum dann diese falsche Propaganda und Gewalt gegen uns? Die Arbeit von Mutter Teresa von Kalkutta für die Armen, Kranken und Verlassenen in der ganzen Welt wurde von Atal Bihari Vajpayeeji und Advaniji gewürdigt und hat Indien Ehre und Ruhm gebracht. Selbst sie und ihre Schwestern wurden nicht verschont. Ihre Mittel wurden eingefroren. Warum eigentlich?

Ist dies das Indien, für das unsere Freiheitskämpfer gekämpft haben? Das unsere Verfassungsgeber schaffen wollten? Und wovon der Vater der Nation träumte, als er seine Landsleute anflehte, "jede Träne von jedem Auge abzuwischen"? Ist dies das Indien, für dessen Aufbau wir über 70 Jahre lang gekämpft haben?

Zu allen Zeiten haben Herrscher und Regime versucht, das Christentum zu unterdrücken und zu töten, aber es hat überlebt und alle Ecken der Erde erreicht. Es kann in Indien nicht ausgelöscht werden. Wir sind Teil des Gefüges dieser Nation.

In unseren Adern fließt indisches Blut, und wir sind patriotische Bürger, die ihrem Volk gedient haben und weiterhin dienen und zum Aufbau unseres Mutterlandes beitragen werden. Die Geschichte zeigt, dass das Christentum durch das Blut von Märtyrern gediehen ist und sich verbreitet hat. Christus lehrte uns, unsere Feinde zu lieben, denen Gutes zu tun, die uns schaden wollen, und denen zu vergeben, die uns töten wollen. Das werden wir tun, indem wir jeden Tag beten: "Vater vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun".

Möge Jesus Christus Sie segnen, mein Premierminister, und Sie auf Ihrem Weg leiten. Mögen die Liebe, die Freude und der Friede von Weihnachten uns alle auch im neuen Jahr begleiten.

Quelle: Barnabas Fund 25. Januar 2022

Indien: Lebensbericht eines Christen

HMK Deutschland - Bindi lernte ihren Ehemann 2017 kennen, als ihr Vater einen jungen Mitarbeiter namens Kande mit nach Hause in den indischen Bundesstaat Jharkhand brachte. Zu ihren ersten Gesprächen gehörte eine Diskussion über einen Mann namens Jesus, den Bindi unbedingt kennenlernen sollte. „Kande erzählte mir, wie Jesus sein Leben verändert hatte und von dem Frieden, den er durch ihn erlebte“, erinnert sie sich. „Er half mir auf dem Weg zu Jesu, so dass auch ich ihn annehmen konnte.“

Obwohl Bindis Eltern eine animistische Weltanschauung vertraten, hatten sie nichts gegen die Entscheidung ihrer Tochter, Christ zu werden. Auch nicht gegen ihren Wunsch, Kande zu heiraten. Nach der Hochzeit zogen die Frischvermählten in ein Haus, das Kande im benachbarten Dorf gebaut hatte. Dort waren sie die ersten und einzigen Christen in der hinduistischen Dorfgemeinschaft.

Mit ihren Nachbarn sprachen Bindi und Kande oft über das Evangelium und beteten für die Kranken. Bald jedoch erregte ihr christlicher Glaube die Aufmerksamkeit der Dorfältesten. Andere Einwohner begannen, sie zu beschimpfen und ihnen Gewalt anzudrohen. „Im Gebet und im Vertrauen auf Gott setzten wir unseren Weg mit Jesus fort“, so Bindi.

Der Druck wächst

Kande und Bindi besuchten eine Gemeinde in der nahegelegenen Stadt. Kande brachte sich in die Gemeinde und deren Projekten ein und versäumte selbst nach einem langen Tag auf dem Bau weder ein Gebetstreffen noch eine Bibelstunde.

Sein aktiver Glaube irritierte die Dorfältesten. Sie forderten Kande auf, sich auf einer Dorfversammlung öffentlich von seinem christlichen Glauben loszusagen. Bald besuchten radikale Hindus Kande zu Hause und drängten ihn, an einer Zeremonie zu Ehren der Hindu-Götter teilzunehmen und für hinduistische Zwecke zu spenden. Als er sich weigerte, drohten sie ihm mit dem Tod. Jedes Mal, wenn Bindi und Kande auf diese Art und Weise bedrängt wurden, beteten sie um Kraft, die Angriffe zu überstehen. Oft las Kande aus der Bergpredigt vor: „Selig sind, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden, denn ihrer ist das Himmelreich“ ([Matthäus 5,10](#)).

„Ich werde für Jesus leben oder für Jesus sterben, aber zu meinem alten Leben zurückkehren werde ich niemals!“

Die Gewalt nimmt zu

Im Jahr 2018, kurz nach der Geburt von Bindis erster Tochter, ist ihre Mutter gerade zu Besuch, um mit dem Baby zu helfen. Plötzlich dringt eine Gruppe junger Männer in ihr Haus ein. Sie bedrohen und beschimpfen die Familie wegen ihres christlichen Glaubens. Als Kande sich nicht einschüchtern lässt, nehmen die Männer seine Schwiegermutter mit in den nahegelegenen Dschungel und vergewaltigen sie. Vier der Männer werden später verurteilt und befinden sich derzeit im Gefängnis.

Folge Jesus weiter nach!

Doch die Gewalt endet nicht mit dem Angriff auf Bindis Mutter und der Verhaftung ihrer Angreifer. Weiterhin erhält die Familie Drohungen, weil sie sich weigert, ihrem Glauben abzuschwören. Am Abend des 7. Juni 2020 bekommt Kande einen anonymen Anruf von einem Mann, der ihm droht, ihn zu töten. Sofort beten Bindi und Kande. Gegen 20 Uhr klopft es laut an der Tür. Als Kande unauffällig zum Fenster hinaussieht, erblickt er eine Gruppe bewaffneter Männer. „Wenn Gott jetzt mein Leben beenden will, dann ist das sein Wille“, sagt er zu Bindi. „Wenn Gott mich retten will, wird er mich retten. Egal, was mit mir geschieht, du darfst deinen Glauben an Jesus nicht aufgeben. Auch wenn du in Schwierigkeiten gerätst, folge Jesus weiter nach!“

Nur Augenblicke später bricht einer der Männer die Tür auf und zerrt Kande aus dem Haus. Bindi fleht die Männer an, das Leben von Kande zu verschonen. Die Männer verjagen sie, woraufhin sie zu einem Freund aus der Gemeinde läuft und dort die Nacht über bleibt. Am nächsten Morgen findet man Kande. Er liegt tot an der Straße, die zu seiner Kirche führte.

Nach der Ermordung von Kande zieht Bindi mit ihren mittlerweile zwei Töchtern zurück zu ihren Eltern. Obwohl ihr Vater nie Einwände gegen ihren christlichen Glauben hatte und ihre Mutter sogar zum Glauben an Jesus gefunden hat, wird er jetzt unsicher. Seine Frau ist vergewaltigt und sein Schwiegersohn ermordet worden, so viel Leid ist zu viel für ihn. Er rät ihr, sie solle aufhören, Jesus zu folgen und zur Weltanschauung ihrer Familie zurückzukehren. Doch Bindi antwortet ihrem Vater mit einem Satz, den Kande einmal gesagt hatte: „Ich werde für Jesus leben oder für Jesus sterben“, sagt sie, „aber zu meinem alten Leben zurückkehren werde ich niemals!“

Andere stark machen

Die Mörder von Kande laufen immer noch frei herum. Bindi ist nicht in ihr Haus zurückgekehrt, weil sie einen weiteren Anschlag fürchtet. Doch der Mord an ihrem Mann hält sie nicht davon ab, weiter mit Jesus zu leben. Im Gegenteil: Sie möchte ihm noch treuer nachfolgen. „Ich habe in Kandes Leben eine tiefe Liebe und Hingabe an Jesus gesehen“, erklärt sie. „So wie er gelebt hat, möchte ich auch leben. Zu sehen, wie er Jesus nachgefolgt ist, hilft mir dabei, das Gleiche zu tun.“

Bindi vermisst Kandes unerschütterlichen Glauben. Das gemeinsame Gebet als Familie und das gemeinschaftliche Bibellesen sieht jetzt anders aus. „Ich denke oft an die letzten Worte von Kande. Er blieb dem Herrn bis zum letzten Augenblick seines Lebens treu und vertraute ihm“, erinnert sie sich. Trotz des großen Verlustes möchte Bindi versuchen, den Mördern ihres Mannes zu vergeben. Seit Kandes Tod hat sie mehr über Gottes Treue und seine Ziele gelernt. „Gott hat mir gegeben, was ich brauche“, sagt sie. „Gott lehrt mich, stark zu bleiben, damit ich andere Frauen stark machen kann.“

Quelle: HMK Deutschland

https://www.verfolgte-christen.org/erleben-mitfuehlen/magazin/aktuelle-ausgabe/januar-2022/so-wie-er-leben/?utm_campaign=Newsletter%2018.%20Januar%202022&utm_medium=email&utm_source=Mailjet

Indien: Verfolgung von Christen wird alltäglich

Zahlreiche Übergriffe auf Christen im Dezember illustrieren Negativtrend

(Open Doors, Kelkheim) – Mehrere Jahre in Folge hat sich die Lage der Christen in Indien drastisch verschlechtert. Seit 2019 belegt Indien, immerhin die weltgrößte Demokratie, Platz 10 auf dem Weltverfolgungsindex. Angesichts dieser neuen Kontinuität droht sich ein Gefühl von „Normalität“ einzustellen – bis man sich vor Augen führt, wie der Alltag von Indiens Christen aussieht. Hier ist eine stichpunktartige Auswahl der bekannten Vorfälle allein aus dem Monat Dezember.

5. Dezember, Bezirk Jhabua, Madhya Pradesh

Hindu-Extremisten drangen ins Gebäude ein und unterbrachen den Gottesdienst; die herbeigerufene Polizei verhaftete den leitenden Pastor Ramesh.

6. Dezember, Bezirk Vidisha, Madhya Pradesh

Anhänger der Hinduorganisationen Vishva Hindu Parishad und Bajrang Dal bewarfen eine christliche Schule mit Steinen und richteten Verwüstungen an. An diesem Tag sollten Prüfungen für die Schüler des 12. Jahrgangs stattfinden. Die Polizei löste die Menge auf und nahm fünf Personen fest.

6. Dezember, Bezirk Nagapattinam, Tamil Nadu

Während einer Gebetsversammlung drangen ca. 50 Extremisten in die Kirche ein, bedrohten die Anwesenden und verlangten von ihnen, das Treffen zu beenden. Da sich die Christen weigerten, verschlossen die Angreifer die Türen von außen. Die herbeigerufene Polizei nahm keine Beschwerden der Christen entgegen; bis heute sind die Behörden dem Vorfall nicht nachgegangen.

9. Dezember, Rohtak, Haryana

Eine große Gruppe von Bajrang-Dal-Anhängern unterbrach ein Gebetstreffen und belästigte den Pastor und einige Christen. Die Angreifer riefen die Polizei und reichten eine Beschwerde gegen den Pastor wegen angeblicher Zwangsbekehrungen ein. Die Beamten brachen das Treffen ab.

13. Dezember, Panipat, Haryana

Eine Gruppe von 50 Bajrang-Dal-Anhängern unterbrach ein Gebetstreffen mit lautem Gebrüll und Beschimpfungen. Sie waren mit Stöcken und Eisenstangen bewaffnet, belästigten einige der Christinnen, zerstörten Teile der Einrichtung und die Lautsprecheranlage. Anschließend beschuldigten sie den Pastor der Zwangsbekehrung und drohten, ihn zu töten.

18. Dezember, Mirzapur, Westbengalen

Während eines privaten Gebetstreffens drangen plötzlich hinduistische Dorfbewohner in das Haus ein und beschuldigten den anwesenden Pastor, andere zu bekehren, indem er zum Gebet einlud. Sie schlugen ihn und andere Teilnehmer.

19. Dezember, Yamunanagar, Haryana

Eine Gruppe Hindu-Extremisten blockierte eine Straße und forderte die Verhaftung einiger christlicher Missionare und lokaler Pastoren. Diese hätten Menschen zur Bekehrung gezwungen und die hinduistischen Götter beleidigt. Die Angreifer forderten, Kirchen und christliche Einrichtungen zu schließen und die Christen zu inhaftieren. Später versammelten sie sich in der Nähe der Polizeistation und versuchten, die örtliche Polizei unter Druck zu setzen.

25. Dezember, Majuli, Assam

Weihnachtsfeiern an sechs öffentlichen und 21 privaten Orten wurden von aggressiven Eindringlingen gestört.

29. Dezember, Belagavi, Karnataka

Während einer privaten Weihnachtsfeier drangen fünf Extremisten der Bajrang Dal in Pastor Akshyas Haus ein, unterbrachen das Gebet und behaupteten, die anwesenden Christen würden Menschen zwangsbekehren. Sie schlugen die Gläubigen, die versuchten den Pastor zu schützen; andere wurden teilweise sexuell belästigt. Zwei Christen wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Die Extremisten informierten nach den Schlägen die Polizei und erstatteten Anzeige gegen Pastor Akshay.

31. Dezember, Bagalkot, Karnataka

Eine Schule musste schließen, weil sie im Rahmen der schulischen Weihnachtsfeier Fleisch serviert hatte. Hindu-Extremisten und Eltern beschuldigten die Schulleitung, die Schüler zum Verzehr gezwungen zu haben. Die Feier findet seit langem alljährlich statt, ohne dass es bislang Probleme oder Beschwerden gab.

Bitte beten Sie für die Christen in Indien!

- Beten Sie um Trost und Heilung für alle, die bei den Angriffen verletzt oder traumatisiert wurden.
- Beten Sie, dass die Christen weiterhin mutig Jesus nachfolgen und Versammlungen möglich sind.
- Beten Sie um Weisheit und Mut für alle Pastoren und geistlichen Leiter.
- Beten Sie für die Angreifer und alle Hindu-Extremisten, dass Gott unter ihnen wirkt und der Heilige Geist vielen die Augen für Jesus öffnet.

Indien: Zukunft der Christen in Indien

Netzwerke christlicher Kirchen wären wünschenswert

Neu-Delhi (Fides) - "Indische Christen setzen sich für die Umsetzung von Geist und Buchstaben unserer Verfassung ein, damit Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit, Vielfalt und Brüderlichkeit für alle Wirklichkeit werden können. Vor allem, um dafür zu sorgen, dass die Wahrheit siegt", so der Jesuit, Schriftsteller und Menschenrechtsaktivist, Pater Cedric Prakash, gegenüber Fides, der daran erinnert, dass der 73. Tag der Republik, der in Indien am gestrigen 26. Januar, begangen wurde, für die indischen Christen von beunruhigenden Zukunftsfragen geprägt war. Verschiedene Kirchenvertreter nutzten die Gelegenheit, um sich in dieser Hinsicht zu äußern.

Der Dominikanerpater und Professor für Journalismus und Medienwissenschaft, Pater Francis Arackal, sagte, dass "Indien unter der gegenwärtigen föderalen Regierung von Premierminister Narendra Modi vor ernststen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Problemen steht". Er stellt fest: "Die religiöse Polarisierung breitet sich im ganzen Land aus, während in den letzten Jahren immer mehr Menschen durch die Covid-19-Pandemie verarmt sind und ihren Arbeitsplatz verloren haben. Außerdem gehen die Angriffe auf Muslime und Christen in Indien unvermindert weiter".

Der protestantische Pastor, und Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen in Indien (NCCI), Asir Ebenezer, sagt: "Die ungleiche Verteilung des Wohlstands, der unterschiedliche Zugang zu Rechten und Privilegien, der Missbrauch der Würde des Lebens, der Kultur und des Erbes religiöser Minderheiten und sozial benachteiligter ethnischer Gemeinschaften prägen weiterhin das Schicksal der Christen im Land. Dieses Bewusstsein führt dazu, dass wir uns zusammenschließen müssen, um uns dem zu stellen, was vor uns liegt, und es gemeinsam zu erreichen".

Das Evangelium, fährt er fort, lehre die Christen, "ihr Leben und ihr Umfeld nach den Bedürfnissen der Geringsten und der Ausgegrenzten zu gestalten". "Das Evangelium", betont er, "fordert uns auch auf, uns mit all jenen zu vernetzen, die ähnliche Ziele verfolgen, unabhängig von ihrem Glauben oder ihrer Kultur. Es gibt Akademiker, Wirtschaftswissenschaftler, Beamte, Politiker und Bürger aller Glaubensrichtungen, die in diesem Sinne denken und handeln. Es ist daher notwendig, dieses Grundethos bei allen Bürgern zu kultivieren und sie vor denjenigen zu schützen, die den Wohlstand einiger weniger und die Ausgrenzung vieler fördern".

"Es ist an der Zeit, sich auf unsere bürgerlichen und politischen Rechte zu konzentrieren, damit sich nicht die Privilegien einer kleinen Gruppe durchsetzen", so der Pastor Ebenezer abschließend. Zu diesem Zweck seien die christlichen Kirchen in Indien aufgerufen, ein breiteres und effektiveres Netzwerk zwischen allen Vertretungsorganen aufzubauen: "Die Christen sind aufgerufen, sich erneut zu verpflichten, das Evangelium zu erkennen, sich darüber zu informieren und sich von ihm inspirieren zu lassen, damit ihre guten Werke, zusammen mit denen aller anderen Einzelpersonen und Gruppen guten Willens, ein Licht für die Nation sind".

Laut der Volkszählung von 2011 sind von den 1,3 Milliarden Einwohnern Indiens 966 Millionen Hindus (80 %). Es gibt 172 Millionen Muslime (14 %) und 29 Millionen Christen (2,3 %).

(SD-PA) (Fides 27/1/2022)

Iran: Konvertiten wurden freigelassen, aber in die interne Verbannung geschickt

IIRF-D/BF/Tübingen/27.01.22 - Zwei christliche Konvertiten wurden am 20. Januar nach Ablauf ihrer einjährigen Haftstrafe wegen Mitgliedschaft in einer Hauskirche aus dem Gefängnis entlassen, doch einem von ihnen droht nun eine zweijährige interne Verbannung.

Sasan Khosravi, 36, und Habib Heydari, 40, wurden aus dem Zentralgefängnis von Bushehr entlassen.

Sie hatten ihre Strafe im Februar 2021 angetreten, wurden aber im März auf Hafturlaub geschickt. Der Urlaub wurde mehrmals verlängert, bevor sie schließlich im November zur Verbüßung ihrer restlichen Strafe vorgeladen wurden.

Sasan, ein Hotelmanager, muss nun eine weitere Strafe von zwei Jahren interner Verbannung antreten, d. h. Verbannung innerhalb des Irans, während der er nicht im Gastgewerbe arbeiten darf.

Es ist nicht bekannt, wo Sasan sein Exil verbringen muss. Christen, die in den letzten Jahren ins innere Exil gezwungen wurden, wurden mehr als 1.000 Kilometer von ihren Heimatstädten entfernt.

Habib und Sasan gehörten zu den sieben Christen, die ursprünglich im Juni 2020 wegen "Propaganda gegen den Staat durch Förderung des Christentums" gemäß Artikel 500 des islamischen Strafgesetzbuchs des Iran verurteilt worden waren.

Richter Hedayat Rahavi befand, dass Habib, Sasan und sein Bruder Sam sich der "Organisation von Hauskirchen und der Förderung des Christentums schuldig gemacht haben. Dies sind eindeutige Beispiele für Propaganda gegen den Staat".

Die siebenköpfige Gruppe, zu der auch die Ehefrauen von Sam und Sasan sowie ein vierter Mann, Pooriya Peyma und seine Frau, gehörten, wurde zu Haftstrafen, interner Verbannung, Geldstrafen und Arbeitsbeschränkungen verurteilt. Sams Frau Maryam erhielt ein lebenslanges Verbot, für eine staatliche Einrichtung zu arbeiten, einschließlich des Krankenhauses, in dem sie 20 Jahre lang gearbeitet hatte.

Roksari Kanbari, eine 64-jährige zum Islam konvertierte Christin, die bereits wegen "Propaganda gegen das Regime" im Gefängnis gesessen hat, wurde aufgefordert, bis zum 19. Januar vor einem Staatsanwalt in ihrer Heimatstadt Karaj zu erscheinen, um sich erneut vor Gericht zu verantworten.

Im November 2021 fällte ein Richter in der Stadt Dezful jedoch eine wichtige Entscheidung: Er sprach acht christliche Konvertiten vom Vorwurf der "Propaganda zugunsten regimefeindlicher Gruppen" frei und entschied, dass "religiöse Konversion" im islamischen Strafgesetzbuch des Iran nicht unter Strafe gestellt ist.

Quelle: Barnabas Fund 21. Januar 2022

Iran: Pastor nach Freilassung wieder inhaftiert

Matthias Haghnejad soll für sechs Jahre hinter Gitter

Teheran/Frankfurt am Main (IDEA) – Der im Iran am 30. Dezember 2021 freigelassene Pastor Matthias Haghnejad ist wieder in Haft. Das hat die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA bestätigt. Er sei am 15. Januar vor ein Gericht zitiert und dort verhaftet worden. Es ordnete an, dass der Pastor der evangelikalen „Kirche des Iran“ nun sechs Jahre hinter Gittern bleiben soll. Er war ab 2006 wiederholt wegen seines christlichen Glaubens im Gefängnis. Im Oktober 2014 wurde er unter anderem wegen des Vorwurfs, die Sicherheit des Staates zu gefährden, zu sechs Jahren Haft verurteilt. Zwei Monate später sprach ihn ein Berufungsgericht frei. 2019 erging ein weiteres Urteil gegen ihn: fünf Jahre Gefängnis. Laut der IGFM-Referentin für Religionsfreiheit, Michaela Koller (Frankfurt am Main), wiederholte das Gericht jetzt die Vorwürfe aus dem Jahr 2014. Es beschuldigte Haghnejad, eine Vereinigung gebildet zu haben, die das Christentum propagiere und Informationen an Feinde des Islams gebe. Koller bezeichnete die jetzige Gerichtsentscheidung als reine Willkür. Sie solle dazu dienen, die Christen im Land einzuschüchtern. Die IGFM und IDEA hatten Haghnejad zwei Mal als „Gefangenen des Monats“ benannt und aufgerufen, sich in Briefen an die islamische Führung für seine Freilassung einzusetzen. Fast 99 Prozent der rund 84 Millionen Einwohner des Iran sind Muslime. Nach Angaben von christlichen Hilfswerken liegt der Anteil der Christen bei 0,7 bis 0,9 Prozent.

Mosambik: Terrorist bekennt sich zum globalen Dschihad

Aussage bestätigt, dass es nicht in erster Linie um wirtschaftliche Ziele geht, sondern um religiöse

International Christian Concern - In den sozialen Medien ist ein Video aufgetaucht, das Juma Saide Mussa, einen gefangenen Rebellenführer in Mosambik, zeigt, wie er seine dschihadistischen Absichten hinter dem anhaltenden Aufstand in dem Land bekennt.

"Ich wurde vor mehr als einem Jahr im Dorf Pangane gefangen genommen...". sagt Mussa in dem Video, wobei er Kisuaheli spricht. "Das Hauptziel der Kämpfer ist es, sicherzustellen, dass der Islam (in Mosambik) herrscht, und dabei zu helfen, eine globale islamische Herrschaft zu errichten."

Nach Angaben von Zitamar News wurde Mussa vor weniger als zwei Jahren von Aufständischen entführt und stieg bis zu seiner Gefangennahme in eine Führungsposition auf.

Quellen, die Mussa vor seiner Rekrutierung kannten, sagen, dass er nie mit Radikalisierung in Verbindung gebracht wurde und als Fischer in seinem Dorf arbeitete.

Seit 2017 haben bewaffnete Kämpfer, die die Flagge des Islamischen Staates tragen, vor allem in der nördlichen mosambikanischen Provinz Cabo Delgado verheerenden Schaden angerichtet. Die Gruppe, die sich selbst Al-Shabab nennt, vertritt eine radikal-islamistische Propaganda, wobei das Ausmaß der ideologischen Motivation umstritten ist.

Im März dieses Jahres tötete Al-Shabab Dutzende von Menschen bei einem koordinierten Angriff auf die Hauptstadt von Cabo Delgado, ein Gebiet, in dem Gläubige oft entführt, zur Flucht gezwungen oder von Extremisten getötet werden.

In einer Erklärung nach diesem Angriff brüstete sich der IS damit, dass seine Ableger Dutzende von Sicherheitskräften und Christen getötet hätten, darunter auch westliche Christen aus "Kreuzfahrernationen", wie es in der Erklärung hieß.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Angefügt ist dem Artikel ein Gebetsaufruf:

Beten Sie weiter für den Frieden in Mosambik und für die Herzen derjenigen, die die Kirche verfolgen, dass die Liebe Jesu sie von der Finsternis zum Licht führt.

Myanmar: Militär tötet zehn Zivilisten

IIRF-D/BF/Tübingen/27.01.22 - Truppen der myanmarischen Armee haben nach Angaben von Einwohnern der Gemeinde Matupi im Bundesstaat Chin mindestens zehn Zivilisten massakriert, die sie zuvor festgenommen hatten.

Elf Personen wurden am 6. und 7. Januar in der Nähe der Dörfer Kihlun und Longhtaw vom Militär (bekannt als Tatmadaw) festgenommen. Die Leichen von zehn von ihnen wurden in den folgenden zwei Tagen geborgen.

Unter den Toten befand sich auch ein 13-jähriger Junge, La Nang.

Unter den Opfern war auch der Journalist Tui Dim, Gründer und Chefredakteur der im Chin-Staat ansässigen Nachrichtenagentur Khonumthung, der jenseits der indischen Grenze lebte. Er war zu Besuch in seiner Heimatstadt Matupi, als er verhaftet wurde.

Anwohner identifizierten die anderen acht Opfer als Van Htoo, Steven, La Ring, Tin San, Phupa Sali, Lian Ngai, Ze Caet Aung und Thak Lung.

Nach dem elften Dorfbewohner, von dem man annimmt, dass er ebenfalls tot ist, wird noch gesucht.

Lokale Quellen berichteten, dass keines der Opfer Schusswunden erlitten habe; alle bis auf eine Leiche wurden mit gefesselten Händen und durchgeschnittener Kehle gefunden.

Za Op Lin, stellvertretender Direktor der Chin-Menschenrechtsorganisation, verurteilte die Morde mit den Worten: "Es handelt sich um ein Kriegsverbrechen - die Ermordung eines kleinen Jungen und eines Journalisten".

Er fügte hinzu, dass die Tatmadaw kürzlich Verstärkung in Matupi angefordert habe und weitere Menschenrechtsverletzungen zu befürchten seien.

Nach Angaben von Anwohnern wurden mehr als 4.000 Menschen aus Dörfern in Matupi durch die Kämpfe vertrieben, seit die Tatmadaw kurz nach dem Staatsstreich vom 1. Februar 2021 eine Offensive in der Region startete. Die meisten der Vertriebenen haben bei Verwandten und Freunden jenseits der Grenze in Indien Unterschlupf gefunden.

Man geht davon aus, dass die Chin-Bevölkerung in Myanmar zu mindestens 90 % christlich ist. Die Tatmadaw verfolgt seit vielen Jahren die mehrheitlich christlichen Volksgruppen der Chin, Kachin und Karen sowie die mehrheitlich muslimischen Rohingya.

Quelle: Barnabas Fund 19 Januar 2022

Nordkorea: Lebensbericht eines Christen

HMK Deutschland - Über zehn Jahre ist es her, dass Kun-woo zum christlichen Glauben fand und ihn mit seiner Frau Min-ji teilte. Er starb für Jesus. Aber sein Zeugnis wirkt über seinen Tod hinaus und prägt die Beziehung von Min-ji zu Jesus seitdem immer stärker.

Kun-woo musste nach seinem mutigen Jesusbekenntnisses in ein Konzentrationslager. Er starb für seinen Glauben. Doch sein Opfer war nicht umsonst.

Kun-woos Frau Min-ji war damals in Sippenhaft genommen worden. Insgesamt sechs Jahre lang war sie in einem Arbeitslager inhaftiert. Nach ihrer Freilassung floh sie aus Nordkorea, wurde in China von der Polizei aufgegriffen und erneut inhaftiert. Im Gefängnis begegnete sie chinesischen Christinnen, die ihr Leben nachhaltig prägten. Nach zwei Jahren kam sie aus dem chinesischen Gefängnis frei und nahm Kontakt zu Verwandten in Südkorea auf, die ihr über einen Fluchthelfer zu einem Platz auf einer der zahlreichen Fähren von China nach Südkorea verhalfen.

Neuanfang mit Unterstützung

In Südkorea erfuhr Min-ji durch einen anderen nordkoreanischen Flüchtling von unserem Partner. Sie nahm Kontakt auf und konnte in einen Eingliederungskurs einsteigen. Zusammen mit weiteren Flüchtlingen erhielt sie so die benötigte Unterstützung. „Ich liebe den Kurs, weil die Lehrer uns auch die Bibel erklären“, sagt Min-ji. „Ich sehe und höre Dinge, die ich so noch nicht kannte. Außerdem habe ich noch nie solche Menschen wie diese Studenten gesehen. Sie haben sich wirklich verändert! So sehr, dass sie nicht einmal mehr so bedrückt aussehen wie zuvor in Nordkorea.“ Das ermutigt Min-ji. Sie möchte in die Fußstapfen ihres Mannes treten und Jesus so nachzufolgen, wie er es tat. Dazu will sie auf eine theologische Schule gehen, um Gottes Werk zu tun.

Min-jis zwei erwachsene Kinder konnten inzwischen ebenfalls nach Südkorea fliehen. Eines der Kinder leidet bis heute unter dem Trauma von Kun-woos Inhaftierung und seinem glaubensbedingten Tod. „Die Kinder gehen leider nicht regelmäßig in die Kirche“, berichtet Min-ji, „aber sie glauben an Gott. Bitte beten Sie für meine Kinder und mich, dass ich den Weg, den mein Mann gegangen ist, treu weitergehen kann.“

Rückblickend wünscht sich Min-ji, sie hätte mehr von dem Glauben ihres Mannes verstanden, als er ihr zum ersten Mal davon erzählte. „Damals ging es mir nur darum, Geld für meine Familie zu verdienen und meiner Nation gegenüber loyal zu sein“, erklärt sie. „Ich hatte nicht die geistlichen Augen, die ich jetzt habe; ich sah die Dinge nicht mit denselben Augen, mit denen mein Mann sie sah.“

2019 produzierte die HMK ein Video über Christsein in Nordkorea – „Sang-Chul: Glauben in Nordkorea“. Dieser Film erinnert Min-ji sehr an ihren Mann: „Früher fing ich immer an zu weinen, wenn ich an ihn dachte. Jetzt fühle ich mich getröstet, weil ich von Christen umgeben bin, die wie er sind.“ Das macht Min-jis Beziehung zu Jesus und ihrer neuen christlichen Familie von Tag zu Tag stärker.

Quelle: HMK Deutschland

https://www.verfolgte-christen.org/erleben-mitfuehlen/magazin/aktuelle-ausgabe/januar-2022/ueber-den-tod-hinaus/?utm_campaign=Newsletter%2018.%20Januar%202022&utm_medium=email&utm_source=Mailjet

Philippinen: Christliche Religionsvertreter stellen sich zur Wahl

“Dem Licht Christi folgen“

Manila (Fides) - "Unsere gemeinsame besondere Bindung an Christus vereint uns bei der Frage, wer das Land führen soll. Wir müssen alle den Mut haben, zusammenzuarbeiten und das Leben und die Schöpfung zu ehren. Unter den Kandidaten müssen wir Führungspersönlichkeiten wählen, die dem Leben und dem Land dienen", so die Katholische Bischofskonferenz der Philippinen (CBCP) und der Rat der protestantischen Kirchen auf den Philippinen (NCCP) in einer gemeinsamen Botschaft anlässlich der Gebetswoche für die Einheit der Christen (18.-25. Januar). Im Hinblick auf die Parlamentswahlen im Mai 2022 rufen die führenden Vertreter der christlichen Kirchen des Landes die Wähler dazu auf, "dem Licht Christi zu folgen" (so der Titel der Botschaft) und "sich vor den Mächten der Finsternis zu hüten", die "Gottes Plan für das philippinische Volk untergraben".

Das Dokument verurteilt die weit verbreiteten Morden im so genannten "Krieg gegen die Drogen", der in den letzten Jahren von der Regierung von Rodrigo Duterte begonnen wurde, und stellt fest, dass "die Würde des Lebens verletzt wurde, da viele Menschen außergerichtlich getötet wurden". Durch die Verbreitung von Unwahrheiten habe die scheidende Regierung "nicht nur den demokratischen Raum eingeschränkt, sondern auch zu Korruption, Skandalen und schwerwiegenden Mängeln im Sozial- und Gesundheitswesen sowie bei anderen Dienstleistungen beigetragen", heißt es in der gemeinsamen Erklärung weiter.

In der Erklärung, die vom Generalsekretär des Kirchenrates, Bischof Reuel Norman Marigza von der United Church of Christ, und dem katholischen Erzbischof Angelito Lampon von Cotabato unterzeichnet wurde, heißt es: "Als eine Gemeinschaft, die durch aktive Teilnahme am demokratischen Prozess evangelisiert, können wir ein Beispiel geben, indem wir die Liebe Christi widerspiegeln und uns gemeinsam auf den Weg in eine Zukunft begeben, in der Gerechtigkeit, Rechtschaffenheit und Frieden Wurzeln schlagen und der Schalom Gottes unter uns erblühen wird".

Die christlichen Religionsvertreter erinnerten an die Not der vom Taifun Rai und Covid-19 betroffenen Menschen und riefen die Gläubigen auf, sich "in Solidarität mit den Schwächsten zu vereinen", großzügig Hilfe zu leisten und "sich in den Dienst der Armen und Ausgegrenzten zu stellen und nach einer wohlhabenderen und friedlicheren Zukunft zu streben".

(PA) (Fides 25/1/2022)

Südostasien: Unzufriedenheit in vielen buddhistischen Ländern

Radioprogramme, Websites und soziale Medien verbreiten das Evangelium bis in die äußeren Regionen von Laos, Kambodscha, Thailand und Myanmar. In diesen Ländern ist der Buddhismus die Religion der meisten Menschen, aber Rückmeldungen an christliche Dienste zeigen, dass viele Menschen nicht zufrieden sind.

Beten Sie, dass sie neues Leben in Jesus Christus finden.

FEBC entnommen aus Bridgeway Publications, übersetzt und bearbeitet für AKREF

Türkei: Neue Bestimmungen für nicht-muslimische Stiftungen

Präsident Erdogan bestätigt baldige Verabschiedung dieser Maßnahmen

Ankara (Fides) - Das Verfahren zur Veröffentlichung neuer Bestimmungen für nicht-muslimische Stiftungen in der Türkei ist fast abgeschlossen. Die neuen Bestimmungen sollen es diesen Einrichtungen nach einer achtjährigen Zeit des institutionellen Stillstands bald ermöglichen, ihre Leitungsgremien zu erneuern. Der "Neustart" der Stiftungen wurde vom türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan selbst bei seinem Treffen mit dem Leiter der Yedikule Surp Prgic Hospital Foundation und Präsidenten der Vereinigung armenischer Stiftungen, Bedros Şirinoğlu, am Dienstag, den 25. Januar, angekündigt.

Erdogan empfing Şirinoğlu in Ankara im Çankaya-Palast. Während des 45-minütigen Treffens sicherte der türkische Präsident die baldige Veröffentlichung einer neuen Satzung für die Stiftungen zu, in der auch die Verfahren für die Erneuerung ihrer Vorstände festgelegt werden. Şirinoğlu zog gegenüber den türkischen Medien in Betracht, dass es höchstens noch drei bis vier Monate dauern würde, bis die neuen Verordnungen veröffentlicht würden und damit die Wahlverfahren für die Neubesetzung von Führungspositionen beginnen könnten. "Während des Treffens", fügte der Präsident der armenischen Stiftungen in einem Interview mit der armenisch-türkischen Zeitung „Agos“ hinzu, "habe ich erklärt, dass es einen Bedarf an differenzierten Regelungen für jede Minderheitengemeinschaft gibt, und Präsident Erdogan hat geantwortet, dass an diesem Thema gearbeitet wird."

In der Türkei wirkt sich die Verwaltung von Minderheitenstiftungen auch auf das Leben der lokalen christlichen Gemeinden aus, angefangen bei der armenischen. Diese sind nämlich mit der Verwaltung von Gebetsstätten, Immobilien und öffentlichen Einrichtungen betraut, die mit den verschiedenen nicht-muslimischen Gemeinschaften, einschließlich Juden, verbunden sind.

Bereits Anfang Dezember 2021 bestätigte Burhan Ersoy, Generaldirektor der Stiftungen, dass der Prozess der Ausarbeitung neuer Bestimmungen, insbesondere für die Wahlen zu den Ämtern innerhalb der Stiftungen, ein gutes Stadium erreicht habe. Er bekräftigte in diesem Zusammenhang dass der Textentwurf unter Berücksichtigung der Forderungen und Vorschläge der verschiedenen Minderheitengemeinschaften erstellt worden sei.

Die bisherige Wahlordnung für die Führungsspitze der Stiftungen war 2013 ausgesetzt worden, was mit der erklärten Absicht begründet wurde, die Verwaltung der diesen Einrichtungen anvertrauten Immobilien funktionseller und transparenter zu gestalten.

Der bisherige rechtliche Status der Stiftungen beruht auf dem Vertrag von Lausanne, der 1923 von der Türkei und den Sieger-Mächten des ersten Weltkriegs (dem Britischen Empire, Frankreich und dem Russischen Reich) unterzeichnet wurde. Der Vertrag garantiert den nicht-muslimischen Glaubensgemeinschaften in der Türkei die Gleichheit vor dem Gesetz und die Freiheit, "religiöse und soziale Einrichtungen" zu fördern und zu verwalten. In den letzten zwei Jahrzehnten hatte die Türkei viele der Streitigkeiten über die Verwaltung und den Verbleib des vom Staat beschlagnahmten Eigentums, auf das die Stiftungen die durch den Vertrag von Lausanne garantierten Rechte beanspruchen, behandelt und beigelegt. Nach offiziellen Angaben wurden zwischen 2013 und 2018 rund 1.084 Immobilien an Stiftungen zurückgegeben, die mit nicht-muslimischen Gemeinschaften verbunden sind, und 20 Gotteshäuser wurden nach notwendigen Renovierungen ebenfalls an diese Gemeinschaften übergeben.

In der Vergangenheit hatten gesetzliche Bestimmungen seit 1936 den nicht-muslimischen Gemeinschaftsstiftungen die Möglichkeit eröffnet, neues Eigentum zu erwerben. Doch 1974 wurde diese Garantie aufgehoben und der türkische Staat begann, das seit 1936 von nicht-muslimischen Gemeinschaftsstiftungen erworbene Eigentum zu beschlagnahmen. Nach dem Jahr 2000 erleichterten neue Bestimmungen, die im Rahmen der Harmonisierungspakete für den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union erlassen wurden, die Rückgabe von zuvor vom Staat beschlagnahmtem Eigentum an die Stiftungen. In der Generalversammlung der türkischen Stiftungen schließen sich 167 nicht-muslimischen Gemeinschaftsstiftungen in der Türkei zusammen. Neunzehn von ihnen sind "Minderheiten"-Stiftungen, die mit der jüdischen Gemeinschaft verbunden sind, während die anderen mit verschiedenen christlichen Gemeinschaften verbunden sind. Die griechisch-orthodoxe Gemeinschaft verfügt über 77 Stiftungen, die armenische Gemeinschaft über 54 Stiftungen.

Am Mittwochabend, dem 26. Januar, kündigte unterdessen der türkische Präsident Erdogan in einer Fernsehansprache an, dass der israelische Staatspräsident Isaac Herzog der Türkei im nächsten Monat einen offiziellen Besuch abstatten wird, und fügte hinzu: "Dieser Besuch könnte ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen der Türkei und Israel aufschlagen". (GV) (Fides 27/1/2022)

Ukraine-Konflikt: Über 40 Prozent haben Angst vor Krieg

Bei Landeskirchlern und CDU/CSU-Wählern ist die Kriegsangst am größten

Erfurt (IDEA) – 44 Prozent der Deutschen haben Angst, dass es wegen des Ukraine-Konflikts zu einem Krieg zwischen Russland und den NATO-Staaten kommt. Das ergab eine Umfrage des Markt- und Sozialforschungsinstituts INSA-Consulere (Erfurt) im Auftrag der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA (Wetzlar). Jeder Dritte (31 Prozent) teilt diese Befürchtung nicht. 20 Prozent antworteten mit „Weiß nicht“, fünf Prozent machten keine Angabe. Die Kriegsangst ist bei Frauen weiter verbreitet als bei Männern (46 Prozent gegenüber 41 Prozent). Ältere Menschen teilen sie häufiger als jüngere (18- bis 29-Jährige: 36 Prozent; 30- bis 39-Jährige: 41 Prozent; 40- bis 49-Jährige: 46 Prozent; 50- bis 59-Jährige: 47 Prozent; über 60-Jährige: 46 Prozent). Unter den Angehörigen der Konfessionen fürchten landeskirchliche Protestanten am häufigsten einen Krieg zwischen Russland und den NATO-Staaten (52 Prozent), gefolgt von den Katholiken (44 Prozent) und freikirchlichen Christen (43 Prozent). Bei den Anhängern der politischen Parteien teilen die CDU/CSU-Wähler diese Angst am häufigsten (55 Prozent). Es folgen Sympathisanten von SPD und Grünen (jeweils 49 Prozent), Linken (45 Prozent), FDP (43 Prozent) und AfD (34 Prozent). Für die Erhebung wurden 2.146 Erwachsene im Zeitraum zwischen dem 21. und 24. Januar befragt.

Usbekistan: Religiöse Muslima im Visier der Behörden – Glaubensfreiheit für muslimische Bevölkerungsmehrheit beeinträchtigt

Eine 18-jährige Muslima, hatte bereits 2020 im Alter von 17 Jahren begonnen in der höheren Schule in der Hauptstadt Taschkent einen Hidschab zu tragen. Sie wurde damals zur lokalen Polizeistation vorgeladen und nach dem Grund befragt, weshalb sie diesen trage. Daraufhin verzichtete sie bis zum Abschluss ihrer Schulbildung darauf und begann erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres wieder, den Hidschab zu tragen. Im Dezember 2021 erfuhr ihre Familie, dass die Bezirkspolizei ihren Namen auf das sogenannte Präventionsregister gesetzt hatte und vermutet, dass dies auf das Tragen des Hidschab und ihr kürzlich begonnenes Studium der arabischen Sprache zurückzuführen sei. Die junge Frau wurde auf der Straße verfolgt und ohne ihre Zustimmung fotografiert. Die Polizei sagte den Nachbarn, dass sie die Behörden nicht mögen und warnten sie, nichts mit ihr zu tun zu haben. Verwandte erklärten, dass dies zusätzlichen Druck auf sie ausübe, da man normale Beziehungen zu den Nachbarn wünschte. Am 4. Januar 2022 erschienen Beamte in Zivil bei ihrem Arabischkurs und sprachen mit ihrer Lehrperson, ohne ihre Identität anzugeben. Sie zeigten der Lehrperson Fotos der 18-jährigen und befragten sie über ihre Studentin. Dies erklärten die Verwandten gegenüber Forum 18 und führten weiter aus, dass die Behörden eine Erklärung verweigern, weshalb sie Druck auf die Familie und Verwandte ausüben. Bisher sind auch alle Beschwerden bei verschiedenen Stellen unbeantwortet geblieben.

Ab September 2021 begann die Polizei im ganzen Land, Männer mit langen Bärten festzunehmen und zwangsweise zu rasieren. Einige wurden nach der Zwangsrasur auch auf das Präventionsregister gesetzt. Die Muslime sind ungehalten, dass der Staat ihre Bärte und Hijabs nicht tolerieren will, wobei sie diese zu tragen oder nicht zu tragen als höchst persönliche Entscheidung des Einzelnen sehen. Nach Angaben mehrerer muslimischer Menschenrechtsaktivisten dürften die Behörden die Aktion Zwangsrasur mit Ende Dezember 2021 eingestellt haben.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 21. Januar 2022).

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]